

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Jernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Umt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 10 Pf. amwärts 12 Pf. Anzeigen unter Text
20 Pf. amwärts 45 Pf. Stellenangebote 5 Pf. Familienangelegen,
Stellengesuche, Verlobungs- und Wohnungsangelegen 5 Pf.
Keine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das je nach 4 Pf. Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vorabends 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Kurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
durch die Haupt-Expedition Kurstraße 4/6, durch die Zweig-
stellen, den Verlagsort Kurstraße 4/6, sowie durch alle Anzei-
gen-Verleger zu beziehen. Preis pro Nummer 10 Goldpfennige, im Voraus zu
entrichten wöchentlich 60 Goldpfennige, monatlich 1,70 Goldpfennige. Durch die
Post frei ins Haus 2,00 Goldpfennige.

Strefemanns Umkehr.

Der Bürger block verschoben.

Heute Montag tritt das Reichskabinett zusammen, um über die kritischen Fragen Kriegsschuldfrage und Völkerverbund sich schlüssig zu werden. Merkwürdiger Weise scheint Herr Strefemann, seit er nach Berlin zurückgekehrt ist, das Bedenkliche seiner bisherigen Haltung plötzlich empfunden zu haben, er ließ seine Pressemitteilungen vom Tage vorher als Mißverständnisse erklären und versichert, daß auch er die sofortige Abwendung der Kriegsschuldfrage für nicht unbedenklich halte und dem Beitritt zum Völkerverbund nicht so ablehnend gegenüberstehe als die Öffentlichkeit es annehme. Wertwürdige Wandlung! Eben hatte die ganze Rechte ihr Einverständnis mit seinem erfreulichen „nationalen“ Standpunkt erklärt und nun diese Schwankung? Herr Strefemann hat wohl aus der Haltung des Zentrums und seiner Minister, aber auch aus den Berichten der deutschen Gesandten in aller Welt entnehmen können, daß er sich elegant zwischen zwei Stühlen zu setzen im Begriff war und ist wieder ein bischen mehr auf den linken Stuhl gerückt.

Herr Strefemann hat also seine Offensive auf halbem Wege abgesetzt. Raum zwölf Stunden nach Eröffnung des Feldzuges trat er den Rückzug an. Wie jedoch aus Berlin gemeldet wird, hat der Reichskanzler in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten vereinbart, die Erörterung der Kriegsschuldfrage in einer Kabinetts-Sitzung am 22. September, dem kommenden Montag, vorzunehmen. Der Reichskanzler hat es also weniger eilig, sondern er will in absehbarer Zeit überhaupt nicht notifizieren. Er will das nicht, weil er sich jetzt ebenfalls der Einsicht nicht verschließt, daß die offizielle Aufrollung der Kriegsschuldfrage im Augenblick mit den deutschen Interessen unvereinbar ist. So heißt es wenigstens in maßgebenden Kreisen der Zentrumsparlei und so berichtet man es auch in der Reichskanzlei.

Der Rückzug des Außenministers vom Freitag zum Sonnabend erfolgte, wie uns aus Berlin berichtet wird, aus guten Gründen. Die von ihm beabsichtigte Gewalttätigkeit hatte ihren Eindruck in Sigmaringen und Kreudenstadt verschleht, er sah sich nur noch im Bunde mit den fünfzigprozentigen Deutschnationalen und erkannte, als es am Sonnabend wieder Tag wurde, noch den bevorstehenden Banntrott. Die Krise wurde deshalb abgejagt! Strefemann warf sich auf die andere Seite, er tat, als wäre nichts geschehen, und noch bevor der Hahn dreimal krähte, war er mit Marx einer Meinung.

Es bleibt also vorläufig alles beim Alten. Der Reichskanzler bleibt und Herr Strefemann verzicht weiterhin die auswärtigen Geschäfte des Reiches — aber notifiziert wird nicht. Auch die Krise ist verschoben. Sie wird erst akut werden, sobald die berufsmäßigen Kriegsmacher der Volkspartei beim Zusammentritt des Reichstags wieder in Berlin eintreffen und von der fünfzigprozentigen Fraktion an die Erfüllung des Berliner Paktes erinnert werden. „Mit allen Mitteln“ dürfte dann der Versuch gemacht werden, die Deutschnationalen in die Regierung einzubeziehen, obwohl die Herzt und Konfession immer wieder im Lande erklären, daß ihr Eintritt in die Regierung nur den Sinn hat, die Erfüllungspolitik zu bekämpfen. Die Antwort des Zentrums und der Demokraten auf das Verlangen der Volkspartei, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, ist also gegeben. Ist die Krise Mitte Oktober dennoch unvermeidlich, dann muß das Volk vor die Wahl gestellt werden, ob es den Bürgerblock und neues Glend will, oder ob es eine Regierung erwünscht, die Deutschland langsam aber sicher dem Wiederaufstieg entgegenführt.

Gegen den Bürgerblock.

Köln, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Der erweiterte Ausschuss der Kölner Zentrumsparlei nahm am Freitag eine Entschliessung an, in der er sich entschieden gegen die Bildung eines Bürgerblocks wendet. Außerdem wird die deutschnationale Forderung nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Marx einstimmig und mit stürzender Entrüstung zurückgewiesen.

Die Organisationen der Demokratischen Partei, ihre Führer und ihre Presse haben sich in den letzten Wochen in zahlreichen Beschlüssen und Artikeln gegen jede Beteiligung am Bürgerblock erklärt.

Die Wirkung draußen.

Berlin, 15. September. (Eigener Junktbericht.)

Die Erklärungen Strefemanns vor der Presse haben im Ausland einen geradezu katastrophalen Eindruck gemacht. Insbesondere in Genf wird die Stellung des Herrn Strefemann nicht begriffen. Der Zustand ist dadurch noch verschlimmert worden, daß scheinbar selbst nach dem Widerruf der Erklärungen vom Freitag noch am Sonnabend Abend durch Wolff-Büro eine amtliche Verlautbarung über die deutsche Auffassung zur Kriegsschuldfrage und zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ausschließlich im Ausland verbreitet worden ist (!), die sich mit den ersten Erklärungen Strefemanns deckt. In Genf spricht man offen, wie unser Korrespondent meldet, von einer Brüstung des Völkerverbundes und einer gewissen Sabotage des Beitritts Deutschlands.

Ueber die Auffassung innerhalb der Zentrumsparlei veröffentlicht der „Montag Morgen“ eine Aufschrift, in der insbesondere Verärgerung darüber zum Ausdruck kommt, daß Strefemann gerade die Tage der Abwesenheit des Reichskanzlers benutzt hat, um die Politik des Kabinetts im Sinne seiner Vereinbarung mit den Führern der Deutschnationalen zu lenken.

Kommt Hitler frei?

München, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Mit der Frage, ob Hitler, Kriebel und Weber am 1. Oktober mit Bewährungsfrist, aus der Festungshaft entlassen werden, wird sich demnächst der zuständige Strafsenat beim Landgericht München I zu befassen haben. Eine Entscheidung nach irgend einer Richtung hin ist noch nicht getroffen und ist auch in den nächsten Tagen nicht zu erwarten.

Barthou Botschafter in Berlin?

Berlin, 15. September. (Eigener Junktbericht.)

Der französische Botschafter in Berlin ist bekanntlich als Nachfolger des zurücktretenden Botschafters Barreze in Rom vorgesehen. Die Berliner „Montagspost“ meldet nun in diesem Zusammenhang, daß als ausschlaggebender Kandidat für den französischen Botschafterposten in Berlin der Präsident der Reparationskommission, Louis Barthou, in Frage kommt. Er soll selbst den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, Botschafter in Berlin zu werden, nachdem durch Annahme des Londoner Abkommens die Reparationskommission von ihrer früheren Bedeutung viel eingebüßt hat.

Die unbezahlten Kriegsschulden.

Paris, 15. September. (Eigener Junktbericht.)

Die Blätter melden, daß der französische Handelsminister sich in wenigen Tagen nach London zu Verhandlungen mit dem englischen Minister Snowden begeben wird. Die Verhandlungen gelten der Erörterung der Kriegsschuldfrage. Sie sind im Zusammenhang mit den französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Kriegsschulden notwendig geworden.

Faschistenterror in Anhalt.

Dessau, 15. September. (Eigener Junktbericht.)

Am Sonntag kam es in Dessau zu Zusammenstößen zwischen rechts- und linksgerichteten Kreisen. Den Anlaß hierzu gab der Anhaltische Frontsoldatentag, der sich teilweise im Hofe der Leopoldstr.-Kaserne (!), die mit Reichswehr und Schutzpolizei belegt ist, abspielte. Wie viele Verwundete zu beklagen sind, konnte bis in die späten Abendstunden nicht festgestellt werden.

Die „Montagsmorgenpost“ meldet über die Kundgebung in Dessau unter anderem folgendes: Schon bei dem Paradezug, den die Frontsoldaten abgaben, kam es zu einem Zwischenfall. Ein vorberühmter Hälblicher Stahlhelmmann rief einem Zuschauer, der das Abzeichen des Reichsbanners „Schwarz-rot-Gold-rot“, das Schimpfwort „Moftrich“ zu. Der Republikaner antwortete mit dem Ruf „Frei Heil!“. Darauf stürzte sich eine Meute Stahlhelmlente auf den Ruf und mißhandelte ihn, sowie die Umstehenden. Die Polizei war machtlos. Die Bevölkerung nahm für das mißhandelte Reichsbannermitglied Partei. Am Abend kam es in verschiedenen Stadtteilen zu neuen Unruhen. Die einen Eingriff der Polizei notwendig machten. Durch Schüsse wurden ein Arbeiter und ein Mitglied des „Werwölfes“ verwundet.

Zusammenstoß zwischen Stahlhelmbrüdern und Kommunisten.

Blättermeldungen zufolge hatte der Stahlhelm-Bund in Pöbeljuch bei Steitz eine Tagung, verbunden mit Feldpostbesuch usw., angestellt. Die Veranstaltung war aus allen Teilen Pommerns und der Provinz Brandenburg stark besucht. Beim Einmarsch der Stahlhelmlente kam es zu einer blutigen Schlägerei mit den Kommunisten. Sechs Personen wurden schwer verwundet und ein Mann aus Finkenwalde wurde getötet. Die herbeigerufenen Steitzener Polizei stellte die Ruhe wieder her, worauf die Tagung ihren programmmäßigen Verlauf nahm.

Eine Arbeiterpartei in Amerika?

Von Fritz Zielesch (früher Neunork).

Den großen politischen Parteien Amerikas, Demokraten und Republikanern, ist mit der Präsidentschaftskandidatur des Senators La Follette ein scharfer Gegner entstanden, der sich auf viele Farmerorganisationen, fortschrittliche politische Gesellschaften, seine ehemals republikanischen Wähler und auf die von Debs geführten Sozialisten stützt. Man hat in Deutschland vielfach angenommen, die von La Follette geplante „Dritte Partei“ werde sich in der Art der britischen Labour Party entwickeln.

Diese Annahme eilt den Tatsachen übermäßig weit voraus. Es ist keineswegs die Gleichheit einer etwa sozialistischen Anschauung, die den neuen politischen Block zusammenfügt, sondern lediglich eine negative Kraft: das Verlangen der alten Parteien, Korruptionsaffären haben viele davon überzeugt, daß sowohl Republikaner als auch Demokraten nur eine Art politischer Ausführungsorgane der Finanzmächte Amerikas sind. Gegen die Auslieferung der Regierung an solche Parteien stehen Sozialisten und Antisozialisten, marxistische und liberale Politiker, politische und unpolitische Gewerkschaftler, Farmer und fortschrittliche Intellektuelle zusammen. La Follette selbst ist kein Sozialist. Sein Kampf gilt den wirtschaftlichen Monopolen, nicht weil sie Kapitalisten sind, sondern weil sie ihre wirtschaftliche Macht auf politischem Gebiet mißbrauchen. Es geht nun auch in Amerika um die Vorrherrschaft des Staates über die Wirtschaft.

Für eine große sozialistische Arbeiterpartei ist also von La Follette unmittelbar nichts zu erwarten. Indessen würde es für das Ansehen des Sozialismus in Amerika von starker Bedeutung sein, wenn der mit Sozialisten verbündete La Follette durch den an der Wahlurne zu führenden Beweis einer starken Anhänger-schaft eine achtunggebietende Stellung erringen würde.

„Sozialist“, das klingt heute in den Vereinigten Staaten noch so, wie es in Deutschland zur Zeit des Sozialistengesetzes klang. Im letzten Jahrzehnt haben die großen Geschäftsleute Amerikas gemeinsam eine fürchterliche Sozialistenerfolgung durchgeführt und eine unbeschreibliche Antisozialistenphobie geschaffen. (Siehe Upton Sinclair, „Hundert Prozent“.) Tausende von Arbeitern wurden unter groben Gleichverleugungen verhaftet und ins Zuchthaus geworfen. Dies hat seine Wirkung getan. Zwar ist der Sozialismus in Amerika unter diesen Prüfungen nur erstarkt, aber bei den politisch ungeschulten, unaufgestarteten gebliebenen Massen war seine Achtung eine vollkommene. Die amerikanischen Gewerkschaften haben hiergegen nichts getan. Diese Organisationen, die in anderen Ländern Träger der sozialistischen Bewegung zu sein pflegen, sind in diesem Lande gewollt unpolitisch mit einem antisozialistischen Einschlag.

Die sozialistische Idee hat in Amerika ihre Verteidiger bisher lediglich in einigen politisch einflusslosen Gruppen gehabt. Die ganz Radikalen, wie die „Industrial Workers of the World“, können überhaupt nur mehr oder weniger unterirdisch arbeiten. Ein wenig mehr dürfen sich schon die Debs-Sozialisten rühren, die im Präsidentenwahljahr 1920 immerhin fast eine Million Stimmen aufbrachten und sogar über einen Sitz im Kongress verfügten.

Das sind nicht die Fundamente einer fest organisierten Sozialdemokratie nach europäischer Vorstellung. Zu einer Fundamentierung bedarf es zweifellos der Gewerkschaften. Der Führer der Federation of Labor, der amerikanischen Gewerkschaften, ist der 74jährige Samuel Gompers. Er ist der zähe Sachwalter der Idee eines unpolitischen Kampfes der Arbeiterschaft lediglich um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Stellung. Während der britische Gewerkschaftskongress eine sozialistische Körperschaft darstellt, kommt Gompers mit seinen Freunden aus der individualistischen Jefferson-Schule, einer über zwei Generationen alten Philosophie des Liberalismus. Gompers und seine Freunde im Vorstand der Federation of Labor sind Sozialistengegner.

Ueberraschenderweise hat sich der alte Mann nun nach anfänglichem Widerstreben plötzlich bereit gefunden, den etwa vier Millionen Mitgliedern der Trade Unions die Wahl La Follettes zu empfehlen. Diese Empfehlung ist nicht eine Konzession an den La Follette aus taktischen Gründen sügenden Sozialismus, sie gilt vielmehr dem „liberalen“ Präsidentschaft-

anwärter, der sich als Senator oft für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eingesetzt hat.

Bei dieser Vorgang für den Wahlkampf als solchen schon wichtig genug, so liegt seine größere Wichtigkeit in den mutmaßlichen Folgen für die Zukunft. Nach der Präsidentschaftswahl wird, wie sie immer ausgehen möge, höchstwahrscheinlich aus den Wählern La Follette die „Dritte Partei“ gebildet werden. Die jetzt schon an La Follette empfohlenen Gewerkschaftsmitglieder werden damit — und zwar je stärker je größer La Follettes Erfolg sein wird — überhaupt erst einmal unmittelbar parteipolitisch interessiert. Durch diese Partei würden sie in nähere Berührung mit den Debs-Sozialisten und mit den nicht zum Compers-Verband gehörenden Gewerkschaften treten, die ebenfalls zum großen Teil aus Sozialisten bestehen. (Diesen Außenstehern sind übrigens die berühmten Arbeiterbanken und die Fortschritte der Genossenschaftsbewegung in Amerika zu verdanken.) Die enge Verknüpfung des außerordentlich populären Namens La Follette mit den Sozialisten wird eine weitere dem Sozialismus günstige Wirkung haben: sie wird der albernen Antisozialistenpsychologie entgegenarbeiten.

Eine solche Entwicklung müßte unzweifelhaft auf die „Federation of Labor“ zurückwirken. Eine Politisierung dieser Gewerkschaften erscheint dann unausweichlich. Heute erklärt man zwar noch im Arbeitsausschuß der Compers-Leute, daß es „äußerst zweifelhaft“ sei, ob sich die Trade Unions jemals einer politischen Partei so eng verbinden werden wie die britischen Gewerkschaften der Labour Party. Immerhin sein „Anmütlich“ mehr, sondern nur noch ein „Zweifelhaf“ und man erzählt sich bereits, daß nach einem Abtreten des sehr alten und kranken Compers nur noch eine schwache Opposition in den Gewerkschaften gegen das Bekanntnis zu einer Arbeiterpartei nach dem Vorbild der britischen vorhanden sein würde. So wird die Kandidatur eines an sich nicht sozialistischen Politikers wie La Follette tatsächlich auf einem Umweg zu einer Sammlung bzw. Erweckung der sozialistischen Kräfte Amerikas und zu einer sozialistischen Orientierung der Trade Unions führen können, wobei auch die durch den Verstrickungsprozeß immer stärker proletarisierten Farmer und Garmarbeiter nicht fernstehen dürften. Selbstverständlich konnte die damit möglich werdende Arbeiterpartei nicht mit der „Dritten Partei“ La Follettes identisch sein. Diese auf gegenläufige Kräfte angewiesene Partei kann aber sehr leicht zum Wegbereiter einer großen sozialistischen Arbeiterpartei in Amerika werden.

Eine wichtige Erklärung

wird der deutschen Presse von drei namhaften Historikern unterbreitet. Sie lautet:

Die Unterzeichneten, die in Anspruch nehmen dürfen, daß sie in dem Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage in der ersten Reihe gestanden haben, legen es als ihre Pflicht an, heute öffentlich zu erklären, daß die Erzwingung einer Diskussion durch Regierungserlässe ihnen nicht der richtige Weg scheint, um in der Weltmeinung der Wahrheit zu einem baldigen Siege zu verhelfen, da auf diesem Wege politische Kräfte auf den Kampfplatz gerufen werden, deren Interesse es nicht sein kann, die Wahrheit aufzuheben. Der beste Weg, um in dieser so unermeßlich wichtigen Frage zum Ziel zu gelangen, ist die Fortsetzung der internationalen wirtschaftlichen Diskussion.

Wir dürfen uns darauf berufen, daß unsere Arbeit in dieser Art bereits beachtliche Früchte gezeitigt hat. In England, in Amerika und sogar auch in Frankreich tritt ein Schriftsteller nach dem anderen in die Öffentlichkeit, der erklärt, daß er sich von der Richtigkeit der Versailles-Behauptung überzeugt habe. Die Erklärung des Reichskanzlers Marx, wie sie in der Presse veröffentlicht worden ist, und die nur wiederholt, was der Reichskanzler Bauer im Juli 1919 im Namen der Deutschen Nationalversammlung ausgesprochen hat, wird, wie wir nicht zweifeln, einen neuen, kräftigen Anstoß für die Fortsetzung dieser Diskussion geben. Das darf uns vorläufig genügen, bis der Augenblick gekommen ist, wo wir erwarten dürfen, den Antrag auf Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission mit Erfolg stellen zu können.

Es ist für uns selbstverständlich, daß, wenn die Frage des Eintritts des Deutschen Reichs in den Völkerbund zur Entscheidung kommt, Deutschland den Antrag nicht stellen kann, ohne seine Auflassung der Kriegsschuldfrage den Mächten, mit denen es sich ver-

bünden soll, einvernehmlich zu bringen. Das ist ein Gebot der Logik und der Gerechtigkeit. Das Deutsche Reich darf nur mit offenem Bilde kämpfen.

Wir sind in der Lage, folgende Sätze unter Beweis zu stellen:

1. Das Deutsche Reich war 1914 nicht entfernt in dem Maße gerüstet, wie es seine Volks- und Wirtschaftskräfte erlaubt hätten.
2. Die russisch- und die französische Regierung waren zum Kriege entschlossen, ehe Deutschland den Krieg erklärte, und nur mobilisiert hatte.
3. Die angebliche Zurückziehung der französischen Truppen 10 Kilometer von der Grenze hatte nicht den Zweck, den Krieg noch zu vermeiden, sondern die Welt in den Glauben zu versetzen, daß Deutschland der Anreger sei.

Professor Hans Delbrück, Graf Max Montgelas, Dr. Paul Rohrbach.

Ohne auf die einzelnen Punkte der Erklärung einzugehen, ist doch ihre Herausgabe in diesem Augenblick ein dankenswerter Beitrag zur Enttarnung.

Die Ordnung in der Besatzungszone.

Düsseldorf, 14. September. Neben den Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten in Coblenz haben am Sonnabend auch Besprechungen in Düsseldorf begonnen, die ebenfalls in London vereinbart waren. Es handelte sich zunächst darum, Klarheit über die Dienstaufnahme durch die in der französischen Zone ausgewiesenen Beamten zu schaffen. Die Möglichkeit hierzu besteht jetzt im allgemeinen für alle ausgewiesenen Beamten. Ausgenommen sind der Oberbürgermeister Schmid aus Düsseldorf, der Oberregierungsrat Degle, ebenfalls aus Düsseldorf, der Polizeipräsident Melcher-Hen, der Stadtrat Dieffenbach-Pechum, der Kriminalkommissar Marx-Serne, der Kriminalwachmeister Severini und die uniformierten Beamten der Kantons- und Stadtpolizei. Diese Personen haben sich besonders in der Vorbereitung der Besetzung hervorgetan. Über die Dienstaufnahme der ausgewiesenen Beamten in der besetzten Zone wird bereits in den nächsten Tagen Beschluß gefaßt.

Boincarés Haftgefänge.

Paris, 15. September. (Eigener Funkbericht.) Der frühere französische Ministerpräsident Boincaré hielt am Sonntag in Sedan eine Denkmalsrede, in der er u. a. erklärte: „1918 mußten die Deutschen auf offenkundig schändliche Kapitulationen. Ein Drittel ihrer Armeelassen sie an Toten, Verwundeten und Gefangenen in unseren Händen. Sie waren es, die Marschall Joffre um Gnade anflehten für den Rest ihrer Truppen. Nur der Hochverrat der Alliierten verbot es Deutschland, daß ihm die größte militärische Katastrophe, die man jemals erlebt hätte, erspart geblieben ist. Die Alliierten haben für das Recht gekämpft. Sie glauben, daß es genügt, wenn dem Recht Genugtuung widerfährt. Deutschland aber, das auf dem Schlichtwege vor 6 Jahren versagt wurde, verlangt heute alles, was man es können. Es wäre unser damaliges Recht gewesen, ihm schwerere Bedingungen aufzuerlegen, als die, die es angenommen und unterschrieben hat. Aber es muß jetzt verlangt werden, daß es mindestens diese Bedingungen erfüllt, die es unserer Hochverratigkeit verdankt und daß es nicht ständig den unentgeltlichen Wandel angeregt, die zu residieren.“ Die Deutschnationale Politik ist geeignet, diesen Mann in Frankreich wieder ans Leben zu bringen.

Zuchthaus für Kommunisten.

Düsseldorf, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Urteilsverkündung im Oberfelder Kommunistenprozeß erfolgte am Sonnabend, abends 7 Uhr nach fast dreistündiger Beratung des Staatsgerichtshofes. Senatspräsident Dr. Richter begründete das Urteil wie folgt: Die Beurteilung der Angeklagten erfolgte wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Raub, Diebstahl, Beihilfe dazu und Vergehens gegen die Republiklichkeitsgesetze. Bezüglich der vorhandenen Waffen und Munition konnte der Staatsgerichtshof nicht zur Überzeugung gelangen, daß es sich bei den vorliegenden Mengen von Waffen und Munition um ein Waffenlager im Sinne des Gesetzes handele, vielmehr war es lediglich unbewachter Waffenbesitz, der den Verordnungen entsprechend hätte angemeldet werden müssen. Der Staatsgerichtshof nahm angedeutet bei den vier Angeklagten nicht Tateinheit an, weil vor jedem Verbrechen eine genaue Beschreibung und Instruktion der einzelnen Täter hätte stattfinden hätte.

Die Strafen lauteten: Nischels erhielt 12 Jahre Zuchthaus, Plemm 12 Jahre Zuchthaus und 300 Goldmark Geldstrafe, Groß 11 Jahre Zuchthaus und 300 Goldmark Geldstrafe, Schürff 7 Jahre Zuchthaus und 200 Goldmark Geldstrafe, Becker 5 Jahre Zuchthaus, Nisch 10 Jahre Zuchthaus, Salewski 4 Jahre Gefängnis und 200 Goldmark Geldstrafe, Zins 4 Jahre Gefängnis und 200 Goldmark Geldstrafe, Gittina 1 1/2 Jahre Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe, Elbers 10 Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten haben sämtliche Kosten des Verfahrens zu tragen. Jedem wurden 6 Monate Untersuchungsfrist abgerechnet. Die Angeklagten sind meist jüngerer Alters und zum Teil schwerer verurteilt. Sie haben als Mitglieder der kommunistischen Partei und Angehörige der sogenannten Terror-Organisationen der KPD, sich dadurch Waffen beschafft, daß sie einzelne Spio-beamte überfallen und mit Pistolen bedroht haben. Bei einem dieser Überfälle wurde ein Spio-beamter erschossen. Die Ober-

leitung lag in den Händen Nischels. Die Terrorgruppe der KPD wurde von Plemm geführt, der unumwunden alles zugab, was die Auftragschrift anhimmt und als erwiesen betrachtet. Er behauptet aber, daß mit den Überfällen gegen die Polizeibeamten kein Angriff auf deren Leben, sondern lediglich die Erlangung ihrer Waffen beabsichtigt war. Dem Polizeibeamten wurde die Pistole auf die Brust gehalten und die Waffen, Gummiknüppel sowie Signalpfeifen abgenommen. Bei dem letzten dieser Überfälle hat der Angeklagte Elbers den Polizeibeamten Kälte erschossen. Kälte ist aus unmittelbarer Nähe mitten ins Herz getroffen worden. Elbers behauptete, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Beamten zu töten, und daß der Schuß von selbst losgegangen sein muß. Seinen Mitangeklagten gegenüber hat er allerdings auf Verhaltungen angegeben, daß er den Polizeibeamten erschossen habe, weil dieser ihn mit dem Revolver bedrohte. Es steht jedoch fest, daß die Pistole des Polizeibeamten nach keiner Erschießung in der Pistolenkammer war. Die Esterlacher Terrorgruppe war mit allen erdenklichen Vorkehrungen ausgerüstet. Bei einer Zusammenkunft in der Wohnung des Plemm wurden gefunden: 72 Revolver, 88 Gewehrpatronen, 2 Polizeiwaffen, 2 Dolchmesser und 3 Polizeipistolen. Bei Gittina wurden 2 Pistolen und 145 Schuß Gewehrmunition und bei Schürff 2 Gewehr-Gummiknüppel und 41 Gewehrpatronen gefunden. Die Angeklagten geben an, daß diese Waffen und Munition teils vom Kriege, teils vom Kapp-Putsch her und teils von den Überfallenen stammen.

Die Urteile sind von unerhörter Grausamkeit, wenn man sie mit den Urteilen gegen Hochverräter von rechts vergleicht.

Die Abrüstungs-Kommission.

Genf, 13. September. Der Unterausschuß der Dritten Kommission, der sich mit der Ausarbeitung der Vorläufigen zur Abrüstung und Sicherheit zu beschäftigen hat, wurde heute vormittags in Bern im Hotel de Ville in der holländischen Delegationen Wohnung gebildet. Auf Vorschlag des holländischen Delegierten wurden gewählt: Lord Balfour (England), Paul Boncour (Frankreich), Schanzer (Italien), Branting (Schweden), Benesch (Tschechoslowakei), Villegas (Chile), Kalkoff (Bulgarien), Bonillet (Belgien), Titulesco (Rumänien), Matijuda (Japan), Lange (Norwegen) und Strozynski (Polen).

Der Unterausschuß tritt heute nachmittag bereits zusammen.

Terror in Italien.

Rom, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ermordung des italienischen Abgeordneten Cossiga hat eine Verschärfung der italienischen Rache ausgelöst. Die Faschisten haben in der Provinz Vergeltung. In Mailand haben sie die sozialistischen Büros und die sozialistische Zeitung „Giustizia“ gestürmt und dann verbrannt.

Aus Mailand wird gemeldet, daß die Sonnabendausgabe der Oppositionsblätter infolge des faschistischen Terrors, der mit der Ermordung Cossigas verknüpft wurde, nicht erscheinen konnte. Den Ausrägern sollen die Zeitungen entrissen worden sein, um sie dann zu veröffentlichen. Ferner verlautet, daß bereits die Sonnabendausgabe des „Secolo“ die Aufforderung an Mussolini enthielt, den Faschisten die notwendige Freiheit zu geben, um mit ihren Gegnern abrechnen zu können.

Internationale Arbeiterabkommen.

Mit sehr harter Verhütung legt die Regierung dem Reichstage eine Überleitungs der Verträge und Übereinkommen zum Arbeitervertrag auf Grund des Washingtoner Abkommens vor, denen auszuweichen sie sich entschlossen hat. Die wichtigsten der Abkommen, nämlich diejenigen über den gesetzlichen Mindestlohn, über Nachtarbeit und Beschäftigung von Jugendlichen, sind vorläufig ausgesetzt, weil sie eine besondere Fortsetzung vorbehalten bleiben. Ebenso soll eine besondere Fortsetzung über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft unterbreitet werden.

Zur Zustimmung hat sich die Regierung entschlossen bei den Abkommen über die Arbeitslosigkeit, die Gegenleistung in der Behandlung der ausländischen Arbeiter, sowie in den Verträgen über Verhütung des Mißbrauches, Schutz von Frauen und Jugendlichen gegen Überverletzung, Schaffung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gewerbeaufsicht) und Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor für Zündhölzer.

Dieses Abkommen enthält diese Abkommen nicht, zum Teil weil die bestehenden Gesetze und Verfügungen in internationaler Verbindung zum Teil wiederholen die früheren internationalen Arbeiterabkommen. Das Übereinkommen über die Arbeitslosigkeit beschränkt sich darauf, einen Austausch der Statistik vorzuschreiben, die Einrichtung von öffentlichen Arbeitsnachweismitteln zu fördern und die Gleichbehandlung der verschiedenen Staatsangehörigen bei den Verordnungen zu garantieren. Dazu kommt der recht platonische Vorbehalt, solche Arbeitsnachweismittel zu unterliegen, die gegen Gebühre oder gewerkschaftlich vermittelte, der durch den Absatz 2 nahezu aufgehoben wird. Wo solche gewerkschaftliche Nachweise aber bestehen, sollen sie von einer Genehmigung abhängig sein und alle Maßnahmen getroffen werden, die „sofern als möglich“ aufzuheben. Alles in allem ein sehr schwächlicher Anlauf zu internationalen Arbeiterabkommen.

„König Kohle“.

Von Upton Sinclair.

Erstes Buch.

König Kohles Reich.

Am Saume des Gebirges lag die Stadt Pedro: eine verstreute Ansammlung von Läden und Wirtschaftern, von denen aus die Zweigbahnen nach den Canons liefen, sie mit Nahrung versorgend. Die ganze Woche über schief die Stadt friedlich und still, an Sonnabenden jedoch, wenn die Bergleute herunter kamen und die Farmer zu Pferd oder in Automobilen anlangten, erwachte in ihr gähnendes Leben.

Auf der Bahnstation verließ eines Tages spät im Juni ein junger Mann den Zug. Er mochte etwa einundzwanzig Jahre zählen, hatte keine ausdrucksvollen Züge und braunes, leicht-gewelltes Haar. Er trug verschlossenen, lederhellen Anzug, den er in jenem Viertel seiner Vaterstadt gekauft, wo jüdische Händler ihre Waren auf dem Trottoir feilboten; kein Hemd war blau und schmutzig, und die schwarzen Stiefel hatten bereits viel Arbeit geleistet. Auf seinem Rücken waren noch andere Kleidungsstücke und eine Decke gewickelt, in seiner Tasche lagen ein Kamm, eine Zahnbürste und ein kleiner Spiegel.

Im Häuserort teil des Juges hatte der junge Mann den Gespräch über die Kohlengruben gekämpft und sich den Ältesten der Redenden einspurigen versucht. Da er ausgeschieden, ging er noch einige Schritte das Gesteine entlang, neugierig kein Fährte in die Höhe und streute auch über kein Gesicht ein wenig davon. Nachdem er das Resultat im Spiegel betrachtete, holte er die Hauptstraße von Pedro entlang und betrat nach einigem Nachdenken einen kleinen Laden. Mit seiner Stimme, die er so mächtig als möglich machte, fragte er die Bedientin: „Können Sie mir sagen, wie ich zur Nichten-Schlucht-Grube“ gelangte?“

Die Frau sah ihn an, und es lag keinerlei Verdacht in ihrem Blick. Sie erteilte ihm die gewünschte Auskunft, und er fuhr mit einer Drahtseil bis zum Fuß des Nichten-Schlucht-Canons, von wo aus er noch dreizehn Meilen zu Fuß gehen mußte. Es war ein sonntägliches Tag, der Himmel leuchtete in trüblicher Klarheit, frisch und bedeckter wehte die Bergluft. Der junge Mann schenkte fröhlich zu sein, wie er so dahinschwebte, lang er ein Lied, das aus vielen Strophen bestand:

Der alte König Kohle ist ein fröhlicher Kauz,
Ein fröhlicher Kauz ist er überlich;
Er hat eine Schule voll Wissen gegründet,
Hurra für dich und für mich!

O, Liza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Affenbaum scheint der Mond so hell,
O, Liza-Ann, ich linge an
Zu singen das Lied von Harrigan!

Er treibt sie und treibt, der fröhliche Kauz,
Die Häber der Industrie,
Seiner Pfeife und seinen Schüsseln zuliebe,
Und seiner Schulphilosophie.

O Mary-Ann, komm in die Allee,
Es scheint der Mond dort, so weiß wie Schnee;
O Mary-Ann, du sollst lauschen mir,
Ich singe das Lied von Harrigan dir!

Hurra für König Kohl' und die schwere Gedroll'
Und die Häber der Industrie!
Hurra keine Pfeife, keine volle Schüssel.

O Liza-Ann, komm mit mir schnell,
Im Affenbaum scheint der Mond ...

Und so ging es weiter und weiter, solange eben der Mond in den Universitätspark geklimmte hatte. Es war ein Gemisch jenes übermühten Unsinns und der ersten Fragen, mit denen die moderne Jugend in letzter Zeit begonnen hat, die Ältesten zu quälen. Als Mary-Ann hatte der Gang ein etwas zu schnelles Tempo, doch blieb Hal Warner zuweilen stehen, brüllte sein Lied den Felsenwänden entgegen, lauschte ihrer Antwort und wanderte dann weiter.

Jugend blühte in seinem Herzen und Liebe und Neugierde; auch lag er in seinen Gedanken etwas Kleingeld und für den äußersten Notfall eine Lebenslücke in seinem Gürtel eingeknüpft. Hätte von ihm ein Photograph an jenem Morgen für Peter Harrigans Allgemeine Begegnungsstelle eine Momentaufnahme gemacht, das Bild würde sich vorzüglich als das „Portrait eines Kohlenbergmannes“ für ein Heft der „Mothadenheit und Zufriedenheit“ geeignet haben.

Doch war der Weg ein heiler und beschwerlicher; nach einiger Zeit begann der Wanderer das Gewicht seiner Stiefel

zu fühlen, und sein Gesang verstummte. Da die Sonne hinter dem Canon verankert, hatte er seinen Bestimmungsort erreicht — ein Tor, das die Straße absperrte und auf dem zu lesen war:

Nichten-Schlucht-Kohlen A. G.
Privatbesitz.
Eintritt verboten.

Hal näherte sich dem eisernen, verriegelten Tor. Nachdem er einen Augenblick verharbt, um seiner Stimme den rechten Tonfall zu verleihen, gab er dem Tor einen Fußtritt, worauf ein Mann aus einem Bretterverschlag trat.

„Was wollen Sie?“ fragte er.
„Ich will hinein. Ich suche Arbeit.“
„Woher kommen Sie?“
„Aus Pedro.“
„Wo haben Sie bisher gearbeitet?“
„In einer Speereihandlung.“
„In welcher?“
„Peterkin & Co., Western City.“

Der Wächter trat näher ans Tor und betrachtete ihn durch das Gitter.

„He, Bill!“ rief er, und ein zweiter Mann trat aus dem Verschlag. „Dieser Kerl sagt, daß er in einer Speereihandlung gearbeitet hat und nun sucht er Arbeit.“

„Wo sind Ihre Papiere?“ fragte Bill.

„Keiner hatte Hal erzählt, daß es im Bergwerk zu wenig Arbeiter gäbe und daß sich die Gesellschaft gierig auf jeden einzelnen stürzte; er hatte gemeint, ein Arbeiter brauche bloß anzuklopfen und es würde ihm aufgehen. Er glaubte mit Bestimmtheit, daß selbst ein Trunkenbold in dem Kohlenrevier Einlaß fände.“

Die beiden jedoch machten nicht Miene, das Tor zu öffnen. Der zweite betrachtete ihn vom Scheitel bis zur Sohle, und Hal hatte die peinliche Empfindung, verdächtig zu werden. „Es ist alles in Ordnung“, sagte er. „Lassen Sie mich ein, und ich werde es Ihnen beweisen.“

Doch die beiden zürten sich noch immer nicht; sie sahen einander an, ohne einzuweichen. „Wir brauchen keine Arbeiter.“
„Ich habe doch im Canon einen Anschlag gesehen!“ rief Hal aus.

„Das ist ein alter Anschlag“, erwiderte Bill.
(Fortsetzung folgt.)

Unterdrückung der völkischen Parteien!

Ein parlamentarischer Witz ist unter dieser Überschrift in dem Blatte, das den schönen Namen „Völkischer“ zu Recht führt, auseinander, daß im Reichstage die kleineren Parteien schwer vernichtet werden. Der Beweis wird wie folgt geführt:

Die Geschäftsordnung des Reichstages ist seit langem darauf zugeschnitten, die kleinen Parteien und Gruppen zur Einflußlosigkeit zu verurteilen. Nach den geltenden Bestimmungen ist es zum Beispiel der Deutschsozialen Partei unmöglich, irgend einen Antrag im Reichstage aus eigener Kraft einzubringen, weil dazu die Unterschriften von 15 Abgeordneten notwendig sind. Für die praktische Gesetzgebungsarbeit entscheidend ist die Tätigkeit in den parlamentarischen Ausschüssen. Auch hier ist den kleineren Parteien jegliche Mitwirkung verweigert. Nun hat das Zentrum neuerdings einen Antrag eingebracht, um den Deutschsozialen auch die letzte Beteiligung im Reichstage zu rauben, die ihnen bisher geblieben war: die Redezeit. Sie soll bei allen Parteien, welche nicht Fraktionsstärke erreichen (15 Mitglieder) entsprechend der Zahl der Abgeordneten gekürzt werden.

Was ist wahr von diesen lamentationen? Erstens die Redezeit. So lange der nachrevolutionäre Reichstag besteht, haben alle fraktionslosen Gruppen, also alle Parteien mit 15 und mehr Abgeordneten, das gleiche Rederecht. Das heißt: 15 Mann einer kleinen Partei dürfen ebenso viel Zeit für Reden im Reichstage nehmen als 100 Sozialdemokraten, 105 Deutschsozialen oder 65 Zentrumsgesandte. Sie haben also praktisch die gleiche Redezeit wie die Sozialdemokraten und Zentrum. Diese trasse Ungerechtigkeit wurde nun noch verheißt, als Herr Künze mit seiner Fraktionspartei (sich nach zwei) auch dieselbe Redezeit im Reichstage nahm als die großen Parteien, also praktisch 25 mal so viel reden wollte (sich 50 mal) als die großen Parteien! Diese Dreifachheit ging dem Zentrum über die Lust, und es stellte sich dem Reichstage gegen den Antrag nicht dauernd zu beschließen. Ein Vorbehalt der Kleinpartei, aber Künze, soll etwas getan werden, das ist alles.

Zweitens die Ausschüsse. Sie können natürlich nur gewählt werden nach der Stärke der Parteien — das geschieht überall so in der Welt. Sie würden dem Zentrum sonst ganz falsche Abstimmungsverhältnisse übermitteln. Mit einer Gruppe so klein, daß sie ausfällt, kann sie sich mit anderen zusammenschließen, wie das drei Gruppen in der Wirtschaftsreihe getan haben und können Gänge bei großen Parteien werden, wie zeitweise die Deutschen beim Zentrum, die Antikommunisten bei den Konservativen. Nichts hätte die Kammer zum Beispiel gehindert, Hospitanten bei den Deutschvölkischen zu sein.

Drittens die Anträge. Sie müssen 15 Unterschriften tragen. Reicht die eigene Zahl dafür nicht aus, so ist die Einreichung der „Unterstützung“ durch andere Parteien getroffen, die dem Antrag zur Einreichung verhelfen können, ohne sich dadurch mit ihm einzufinden zu erklären. Es ist also für alle Fälle vorgesorgt. Denn auch ein Kunzemann wird sich zeigen können, wenn jeder einzelne der 470 Abgeordneten oder jeder zweite Mann jeden Tag Anträge einreichen könnte, dann erfüllt der Reichstag in einer Papierflut, und nicht der hundertste Teil der Anträge kann beraten werden.

So steht es mit der „Unterdrückung“ aus. Von ähnlicher Güte wie diese Argumente sind die übrigen angeführt. Entweder unwahr oder falsch dargestellt. Nur gänzlich Unfahre können solche Behauptungen aufstellen oder glauben. Und etwas Reminiszenz der Dinge sollten sich auch die Reulinge schon angeeignet haben.

Staatsbürgerschaften zur Förderung der Ansiedlung.

Darlehen auf Goldmark, Roggen usw. — Die Begrenzung der Staatsverpflichtungen. — Ausführungsbestimmungen des Landwirtschaftsministers.

Das Reichliche Staatsministerium gab kürzlich gemäß Artikel 55 der Verfassung den Entwurf einer Verordnung über Staatsbürgerschaften zur Förderung der Ansiedlung heraus, dem vom Ständigen Ausschuss des Landtages mit einer unbedingten Änderung zugestimmt wurde. Aus dem für das Siedlungsproblem außerordentlich wichtigen Entwurf teilt der Amtliche Preussische Pressebericht folgendes mit:

Zur Förderung der Schaffung neuer Ansiedlungen im Sinne des § 1 des Reichs-Siedlungsgesetzes vom 11. August 1919 — und zwar im wesentlichen für die aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen deutschen Ansiedler — darf namens des Staates die Bürgerschaft für die Verpfändung und Tilgung von Darlehen übernommen werden, die von anderer Seite an gemeinnützige Siedlungsunternehmen gewährt werden. Die Gesamthöhe der zu verbürgenden Kapitalbeträge darf 25 Millionen Goldmark nicht übersteigen. — Die Darlehen können außer auf Goldmark auch auf den amtlich festgestellten oder festgesetzten Preis einer bestimmten Menge von Roggen, Weizen oder Weizenidmehlen. Für die Anrechnung auf die Gesamthöhe der zu ver-

bürgenden Kapitalbeträge ist der Goldmarkwert der Kapitalhöhen am Tage der Bürgerschaftsübernahme maßgebend.

Das verbürgte Darlehen ist durch Eintragung einer Hypothek auf der Ansiedlerstelle zu sichern. Bis zum Uebergange des Eigentums an der Ansiedlerstelle auf den Ansiedler genügt die Eintragung einer Sicherungshypothek auf den Grundbesitz des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens. Die Höhe des verbürgten Darlehens muß innerhalb der für die Rentenbankrente bei Rentenbürgern zulässigen Sicherungsgrenze liegen.

Zur Deckung der dem Staate aus der Bürgerschaftsübernahme erwachsenden Verpflichtungen ist vom Rechnungsjahr 1925 ab jährlich ein angemessener Beitrag in den Staatshaushaltsplan einzustellen.

Aus den zu dieser Verordnung ergangenen Ausführungsbestimmungen des Reichlichen Landwirtschaftsministers sei schließlich noch folgendes mitgeteilt: Um erstklassigen Dauerkredit für Siedlungen zu beschaffen, genügt die bereits bestehende Gesetzgebung. Insbesondere ist die Roggenrentenbank A. G. in Berlin als das für die Befreiung von Siedlungen zurzeit hauptsächlich in Betracht kommende Kreditinstitut in der Lage, erstklassigen Kredit zu gewähren. Dagegen fehlt es an der gezielten Möglichkeit, darüber hinaus Kredit in einem Umfang zu gewähren, wie ihn die Rentenbanken auf Grund der Vorschriften der Rentenbankgesetzgebung zur Verfügung stellen. Diese Lücke soll durch die Neuordnung geschlossen werden.

Mit der Ausführung der Verordnung werden die Landes- und Kreisbehörden beauftragt. Der Landes- und Kreispräsidenten ist der Antrag auf Übernahme einer Staatsbürgerschaft für ein bestimmtes Siedlungsunternehmen auf dem schnellsten und einfachsten Wege prüfen zu lassen, ob das Objekt zur Siedlung geeignet ist, welchen Wert es hat, und in welcher Höhe die Staatsbürgerschaft unbedenklich übernommen werden kann. Gibt hiernach der Antrag in sachlicher wie in personeller Beziehung keinen Anlaß zu Bedenken und werden die hypothekarischen Eintragungen im Grundbuche festgestellt, so ist der Landes- und Kreispräsident ermächtigt, namens des Staates die Übernahme der Bürgerschaft für rechtsverbindlich zu erklären. — Darüber, welche Geldgeber zur Gewährung von zu verbürgenden Darlehen zugelassen sind, entscheidet der Landes- und Kreispräsident, Einweisungen ist, bis Ertragungen gemeldet sind, davon auszugehen, daß öffentlich-rechtliche oder unter Staatsaufsicht stehende Kreditanstalten ohne weiteres zugelassen sind, daß aber wegen anderer Geldgeber das vorherige Einverständnis des Landwirtschaftsministers einzuholen ist.

Aus dem Reich.

Zur Frage der Aufbauflassen wird dem Amtlichen Preussischen Pressebericht aus dem Kultusministerium geschrieben:

Es bestehen zur Zeit staatliche Aufbauflassen an 70 Orten, und zwar an 37 Orten je 3 Klassen, an 24 Orten je 2 Klassen und an 9 Orten je eine Klasse. Außerdem bestehen 9 städtische Aufbauflassen und eine private.

Die bisherige Entwicklung der Aufbauflassen und -Schulen kann als günstig bezeichnet werden. Während die durchschnittliche Klassenfrequenz der unteren Klassen im Jahre 1922 20 betrug, ist sie im Jahre 1923 auf 24 und im Jahre 1924 auf 28 gestiegen. Diese Zahlen sind unschwerleuz zu wert, als die Aufbauflassen nach den Beschlüssen des Staatsministeriums immer noch als „vorläufige Notmaßnahme“ zu gelten haben, was erklärlicherweise viele Eltern davon zurückgehalten hat, ihre Kinder den Aufbauflassen zuzuführen.

Angemeldet waren für Ostern dieses Jahres im ganzen 1728 Schüler; davon sind endgültig aufgenommen 128 = 66 Prozent. Versuchsweise aufgenommen sind 240 = 10 Prozent, und nicht aufgenommen sind 613 = 24 Prozent. Es wird also nicht behauptet werden können, daß bei der Aufnahme der Schüler keine genügende Auswahl getroffen worden sei. Bei diesen Zahlen fällt noch besonders ins Gewicht, daß sich nach den bisherigen Erfahrungen im allgemeinen nur tüchtigere Schüler für die Aufbauflassen melden, weil die besonderen Anforderungen, die an die Schüler dieser Klassen gestellt werden, bekannt sind.

Von den 2249 Schülern der unteren, also der U III-Klassen, hatten 1770 = 69 Prozent vorher eine Volksschule besucht, 318 = 13 Prozent eine mittlere Schule und 163 = 7 Prozent eine höhere Schule. Die wesentliche Bestimmung der Aufbauflassen, tüchtigen Schülern der Volksschulen den Erwerb einer höheren Schulbildung zu ermöglichen, ist also bisher erfüllt, und die mehrfach aufgetretene Behauptung, daß die Aufbauflassen in der Hauptsache mit „geheilten“ Schülern der höheren Lehranstalten gefüllt würden, ist völlig unbegründet und unzutreffend.

Unter den 2249 Schülern der U III-Klassen befinden sich 603 = 27 Prozent auswärtige Schüler, die im Seminar-Internat oder in Privat-Residenzen untergebracht werden mußten. Weit über zwei Drittel der Schüler wohnen am Schulorte selbst oder in dessen unmittelbarer Nähe, jedoch also der großen Mehrzahl der Eltern die Pensionskosten erspart bleiben. Die unterrichtlichen Leistungen der Aufbauflassen entsprechen durchaus den Erwartungen.

Aus aller Welt.

Schweres Sprengstoffattentat in Athen.

Ein schweres Sprengstoffattentat wurde in Athen am 11. März 1925 durch die Einwirkung von Dynamit und Schießpulver verübt. Während der Einweihungsfeierlichkeiten explodierte plötzlich der Kessel. Die Mühle wurde fast völlig zerstört, hunderte von Menschen kamen zu Schaden. Die umliegenden Gebäude gingen in Trümmer. Verschleuderte Pfeile und Scherben wurden bis zu 120 Metern weit fortgeschleudert, wo sie schwer verletzten blieben. Unter der Mühle lag man die größtenteils verbliebenen Leichen der Maschinen, zweier Arbeiter und eines Mädchens hervor. Drei Arbeiter wurden von umgestürzten Bretterstapeln zerquetscht. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß ein anderer Mühlenbesitzer Propofin unter den Kessel legte, um seine Konkurrenz durch die Explosion zu vernichten. Die Unternehmung ist eingestürzt.

Ein Autoabus abgefahren.

Auf der Straße Riga—Singenberg—Dömitz fuhr ein Autoabus mit 13 Fahrgästen gegen einen Stein und stürzte die Böschung hinab. Der Wagen wurde völlig zerschmettert. Ein Herr und eine Dame wurden hauptsächlich zerquetscht, während die übrigen Fahrgäste schwerere und leichtere Verletzungen erlitten. Die Ursache lag auf Übermüdung des Fahrers zurückzuführen, der infolge Überanstrengung durch die Gesellschaft während der Fahrt einschlieft.

Die Frau als Rednerin.

Reden in der Öffentlichkeit und auf der Kanzel werden neuerdings den Frauen in Amerika als zweckmäßige Mittel der Veranschaulichung warm empfohlen. Als Monier auf diesem Gebiet wird Frau Barnes, Kandidatin der Theologie und eine der führenden Rednerinnen in den Vereinigten Staaten. Die Dame, die gegenwärtig zu Propagandazwecken in England weil, ist die Leiterin von Kursen, in denen Damen zu politischen Propagandarednerinnen, berufsmäßigen Vortragshörerinnen und Rednerinnen ausgebildet werden. Sie verpflichtet sich, jedes Jahr sieben bis acht Tagen zur Verfügung der Rednerinnen auszuweisen. „Meine Schülerinnen“, erklärte Frau Barnes einem Berichterstatter, „müssen ihrer Dicht- und der Körperpflege die gleiche Aufmerksamkeit widmen wie eine Dichterin, die sich auf der

Höhe ihrer Kunst erhalten will. Der Körper muß so vollkommen durchgebildet sein, daß er jede Gefühlsbewegung und jede Nuance der Stimme veranschaulichen kann. Das wird durch körperliche Übungen und rhythmische Gymnastik erreicht, die dazu dient, Kräfte, Hände und Körper in der Selbstbewegung losen und leicht zu machen. Bevor meine Schülerinnen die Kanzel oder das Podium bestiegen, empfahle ich ihnen, sich Kopf und Nacken massieren zu lassen, um dem Spiel der Muskeln keine Beweglichkeit zu erhalten. Eine unordentlich gekleidete, ungepflegte Rednerin mit lüftlichen Güssen und überstrahlter Bemerklichkeit ist mir ein Grauel. Es ist durchaus nicht nötig, den Tisch oder die Kanzel mit den Händen zu bearbeiten, und meine Hörer innerlich zu bewegen.“

Radio-Signale.

Die ersten Radio-Signale sind in den Vereinigten Staaten 1921 in Betrieb genommen worden, und zwar waren es drei Stationen in der Nähe von New York, die die Ein- und Ausfahrt der New Yorker Hafen bei Nebel sicherstellen sollten. Wie in der Welt, Rederei, Hafen“ mitgeteilt wird, sind jetzt 9 Radio-Signale Stationen in Nordamerika in Betrieb. Jede Station hat ein durch das Ohr leicht erkennbares charakteristisches Signal, jedoch eine Orientierung nach den Radiosignalen im Nebel ebenso leicht möglich ist, wie bei sichtbarem Wetter nach den Feuerzeichen. Die Signale werden im Nebel dauernd gegeben und zwar in verschiedenen Zwischenräumen. Die Apparate sind auf eine Wellenlänge von 1600 Meter eingestellt; die Hörweite beträgt 30 bis 100 Seemeilen.

Zusammenstoß zweier Torpedobote.

Nach einer Kollision aus Tokio sind bei einer Kollision zweier Torpedobote auf der Höhe von Yokosuka zwanzig Matrosen ertrunken.

Die neuen Feiertage in Rußland.

Die Sowjetregierung hat, wie der Ostpreß meldet, folgende gesetzliche Feiertage für 1925 festgelegt: 1. Januar — Neujahrstag, 21. Januar — Lenins Todestag, 22. Januar — Gedächtnisstag von den 9. Januar 1905, 23. März — Tag der Internationalen Arbeiterbewegung, 12. März — Sturz des Zarismus, 18. März — Feiertag der Partei, 1. Mai — Tag der Internationalen Arbeiterbewegung, 7. November — Tag der Revolution.

Der gefälligte Räder Geas konnte bisher nicht wieder aufgegriffen werden. Die Staatsanwaltschaft Stettin hat deshalb in Uebereinstimmung mit dem Regierungspräsidenten auf die Ergreifung eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Völkische Bildungsschule als Mörder. Dem „Vorwärts“ zufolge verurteilte das Schöffengericht Bamberg 15 Angehörige des Völkischen Bünde, die am 28. Oktober in Unter-Merzbach bei Bamberg Minderungen verübt haben, wegen schweren Raubes zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis zu 1 Jahr 6 Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Sämtlichen Beurteilten wurde eine Bewährungsfrist verlegt.

Schwarz-Rot-Gold in Bayern am Sonntag geindert. Die Sozialdemokratische Partei in München hatte für Dienstagabend vier öffentliche Volksversammlungen anberufen, in denen zu den Laferenvereinbarungen des Londoner Abkommens Stellung genommen werden sollte. Um eventuelle Störungen in den Versammlungen unterdrücken zu können, erließ die Parteileitung das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, den Versammlungsschutz zu übernehmen. Rumore aber der Staatskommissar für München-Stadt und Land der Partei ein Schreiben zugehen lassen, in dem es heißt:

Die Verwendung eines organisierten Schutzes bei öffentlichen Versammlungen ist verboten. Zusammenhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet. Unabhängig von der Strafverfolgung ist die polizeiliche Auflösung der Versammlung zu gewärtigen. Der Schutz öffentlicher Versammlungen obliegt ausschließlich der Polizei.

Was hier von Staatskommissar verboten wird, ist vor Monaten durch Landtagsbeschlüsse ausdrücklich als richtig anerkannt und empfohlen worden. Die Anordnung des Staatskommissars ist also als radikalistisch-Politik gegen die Sozialdemokratische Partei zu werten. Im übrigen haben wir noch nicht erlebt, daß in Bayern sozialdemokratische Versammlungen von der Polizei geklärt wurden. Vielleicht aber hat sich die Aufforderung der Sozialdemokratischen Partei an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Wirkung gehabt, daß in Zukunft auch sozialdemokratische Versammlungen nicht mehr als „vogel-frei“ zu betrachten sind.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Deutsch-polnische Verhandlungen wegen obersteilischer Arbeiterfragen. Am Donnerstag trat im internationalen Arbeitsamt die Schiedskommission für die Behandlung der Frage der Uebertagung der Fonds der Sozialversicherung in dem an Polen abgetretenen Teil von Oberschlesien zusammen. Der Vorsitzende sprach in der Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß durch einen Erfolg der Verhandlungen der Frieden Europas befestigt werde.

Gendarmen als tschechische Kulturbringer. In der tschechisch-böhmischen Kronstadt Saaz, welche 16 000 Deutsche und nur 1500 Tschechen zählt, wurde das dortige deutsche Theater unter Aufsicht von bewaffneten Gendarmen von den tschechischen Behörden gewaltsam geschlossen und dort zwei tschechische Vorstellungen abgehalten. Während der Aufführungen waren vor diesem Theater bewaffnete Gendarmen postiert.

Ein Kongreß aller von Moskau abgefallenen Kommunisten. Der von der radikalen Minorität aus der Redaktion des Stockholmer „Arbeiter-Dagblad“ verdrängte tschechische kommunistische Parteiführer und Chefredakteur E. Höglund hat unter dem Namen „Den nya Politiken“ ein neues kommunistisches Organ gegründet, welches der gemäßigten Richtung der — aus der Dritten Internationale ausgeschlossenen — Minorität dienen soll. Allen Anschein nach wird die moskauerstämmige Stockholm-Kommune auch weiterhin in der Minorität bleiben, da die Provinzorganisationen gegen die Stellung nehmen. Der Arbeitsauschuss hat für den 6. September einen tschechischen Parteikongreß zusammenberufen, von dem die radikale Gruppe ausgeschlossen ist. — Blättermeldungen zufolge soll in nächster Zeit ein internationaler Kongreß aller von Moskau abgefallener Kommunisten stattfinden, der die Grundlagen für einen Zusammenschluß schaffen soll. Die Initiative geht von der freistehenden Kommunistengruppe Norwegens aus.

Der schimmende Staat. Seit dem Abschluß des Vertrages mit China führt die Sowjetregierung einen bisher erfolglosen Kampf gegen ein geradezu mittelalterlich romantisch anmutendes Gebilde — den „schimmenden“ Staat des Generals G. Lebow. Auf der Flucht vor den vorrückenden Sowjettruppen, die den letzten Rest des zaristischen Russlands — Madaiwostok am Stillen Ozean — dem Sowjetimperium unterwarfen, sogen in einer Herbitnacht 1922 etwa 1500 Männer und Frauen auf das Meer hinaus: Offiziere und Rechtsanwälte, Köche und kaiserliche Hofdamen, Matrosen und ehemalige Millionäre. Sie trieben seitdem auf 4 Kriegsschiffen unter der alten russischen Flagge in den chinesischen und japanischen Gewässern umher.

Ohne sich um die chinesischen Hoheitsrechte zu kümmern, laufen die Schiffe einen Hafen an, es wird ein Stückchen Land besetzt, und man geht ans Verdienen. Es werden Lotten getrieben, Szenen gespielt, während die Oberflächliche Konkurrenz verachtet und die Damen in Kabarets auftritt. Neuerdings sind die Schiffe zu Kaufmannsunternehmen umgewandelt und neugestrichen worden; sie übernehmen die Beförderung von Waren und Personen. Die chinesische Regierung ist machtlos; sie erklärt im Hinblick auf das unermessliche Blutvergießen, die wiederholten Forderungen des Sowjetregimentes auf Auslieferung der Schiffe nicht erfüllen zu können.

Tag der proletarischen Revolution.

Ferner sind folgende kirchliche Feiertage anerkannt worden: Pfingstmontag, Oster-Sonntag, Ostermontag, erster und zweiter Weihnachtstag.

Der amerikanische Nationalpark in Flammen.

Aus Utah wird gemeldet, daß der amerikanische Yellowstone-Nationalpark, die große Schöpfung Amerikas, von einer Rieseneuersturz mit der Vernichtung bedroht wird. 5000 Morgen Land sind bereits ausgebrannt. Das zehnte Element fehlt kein Fortschrittswert fort. Der Yellowstone-Park liegt im Bergland der Nordwestküste des nordamerikanischen Staates Wyoming, zwischen dem 44. und 45. Grad nördlicher Breite und dem 110. und 111. Grad westlicher Länge, etwa 2400 Meter über dem Meer und hat eine Ausdehnung von rund 9000 Quadratkilometern. Noch vor 30 Jahren gehörte dieses Gebiet zum wilden Westen. Der amerikanische Kongreß erließ 1872 ein Gesetz, durch das dieses ganze große Gebiet zum Nationalpark wurde, bestimmt und referiert als öffentlicher Park zum Vergnügen und zur Wohlthat des Volkes für alle Zeiten gewidmet“ erhoben wurde. Der Nationalpark sollte aber nicht nur zur Freude der Menschen geschaffen sein, sondern er sollte auch Pflanzen und Tiere, die vom Aussterben bedroht waren, ein Asyl bieten, in dem sie Elche, Gazellen, Bergschafe, Bären und andere Raubtiere ungehindert bewegen sollten. Fauna und Flora dieses Gebietes sollten in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten bleiben, und es wurden strenge Gesetze erlassen, die das Jagen, Holzfällen, das Verlassen der Wege, das Wälzen von Blumen und Pflanzen, das Zerbrechen der Geier und der heißen Quellen unter Strafe stellten. Die Zerstörung dieses Stückes unberührter Natur wäre ein Unglück für die Menschheit.

Der Mörder seiner Tante.

Die physionomische Beherrin und Schriftstellerin Frau Dr. Hermine Hug-Hellmuth in Wien ist gestern nacht von ihrem 18jährigen Neffen, dem Chemiker Rudolf Hug-Hellmuth, ermordet und besudelt worden. Der junge Mensch, ein Leichtsiniger, an dem die physionomische Erziehungskünste seiner Tante, einer sonst ganz allernstehenden Frau, zunichte wurden, und dem sie schließlich, weil er etwas Verwirrung mit Geldforderungen an sie bezanzelt, ihr Haus verboten hatte, ist verhaftet worden. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. Er habe es auf die zwei Millionen Kronen betragende Verrentenpension der Ermordeten abgesehen.

Täglich 8 Uhr:

Viktoria Theater

Gastspiel A. Beierle vom Deutschen Theater.

Hinkemann von Ernst Toller

Zur gefälligen Beachtung!

Jeder Besucher muß die Rückseite der Eintrittskarte beachten und erklären, daß er während der Vorstellung keinerlei Störung verursachen wird...

Personen unter 20 Jahren keinen Zutritt.

Stadtheater. Montag abend 7 1/2 Uhr: "Wignon".

Inho-Theater. Montag, Dienstag abend 8 Uhr: Die Hermannsschlacht.



Velour-Hüte die große Mode in allen Farben. R. Glücksmann Carlstadt 51

Universal Friede

Millionen jetzt lebender Menschen werden niemals sterben!

Großer öffentlicher Vortrag

des bekannten Volks- und Kanzelredners P. J. G. Balzereit, Magdeburg am Dienstag, 16. September, abends 8 Uhr, Konzerthausaal, Gartenstraße.

aus dem Inhalt: Friede, die Schmach der ganzen Welt. Aufriede, das Ausräumen der Gegenwart. Die gegenwärtige ungelohnte Zukunft und Aussichtslosigkeit der Erde...

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Breslau. Dienstag, den 16. September 1924, abends 7 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Dr. Hamburger: Tagesplan und die Wahlen auf die Wirtschaft. 2. 3/4 Beitragsenthebung ab 1. Oktober in Aussicht?

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. Ring 2545. Montag, Dienstag 8 Uhr: Der große Operettenerfolg

Das Weib im Purpur

Wittwoch und Donnerstag 8 Uhr: Gastspiel EDITH KARIN

Die Perlen der Cleopatra. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Drei alte Schachteln

Oberbayern

Täglich 8 Uhr: Neuer Spielplan der Schwarzenberg-Sänger.



Gutterstoffe

Meter 50 Pf. bis 3 Mark. Garn 1000 n. 40 Pf., 1000 Sterne Zwirn 1.00, 100 Schmirntel 1-3 Pf., Oberhaarleier Seg 15 Pf., 700 g 40 n. 63 Pf. Berthold Lippert, Seinerichstraße 16.

Sozialistische Monatshefte

Redigiert von Jos. Stöck. monatlich 50 Pf. vierteljährlich 1.50. Bestellungen bei allen Zeitungsanstalten u. der Volkswachtbuchhandl., Breslau III.

Wer seinen Gegner schlagen will, der muß ihn kennen!

Sieben erschienen: Kampfmeyer: Der Nationalsozialismus und seine Gönner. Eine 60 Seiten starke Broschüre, die vollkommenen Aufschluß über das Wesen und die Herkunft der Finanzen des Nationalsozialismus gibt.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Goldmark und Dollar lautende wertbeständige Notgeld der Deutschen Reichsbahn mit den Ausgabedaten vom 23. Oktober 1923 und vom 7. November 1923 mit Wirkung vom 15. September 1924 und einer Einlösungsfrist bis einschließlich 15. Oktober 1924 aufgerufen.

Nach dem 15. Oktober 1924 eingehende Einlösungsanträge müssen grundsätzlich abgelehnt werden.

Berlin, den 9. September 1924. Der Reichsverkkehrsminister. In Vertretung: gen. Kumbier.

Nähmaschinen

empfehlend bei weitgehender Zahlungserleichterung Alfred Schlesinger, Schmiedebrücke 29a.

Wintermäntel!

und Anzüge, neueste Formen, gute, haltbare Stoffe, von Mt. 24.- an. Albrechtstraße 41, II. Kein Laden.

Mat

oder: "Die Seelenhaltung des Schiebers." Von W. Franke. Mit 17 Illustrationen des berühmten iranischen Miniaturmalers Schams Schamschir. Preis: Gebunden 1.50 RM., brosch. 0.75 RM. Auswärts gegen Voreinsendung von 1.60 RM. bezu. 85 Pf.

Käufe

Kindewagen, Suppenwagen, Kinderbett, faust Kanari, Gneisenaustr. 11

Kleine Anzeigen

sind komprom. gesetzl. einp. Anz. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., 4 Pfg. 1/2.

Partifreunde

kaufen Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die Volkswacht

Nahezu 90 mal

wird im Thalia-Theater der große Schlager Die

Vertragte Nacht

Stössel wiederholt. Dieser Satienerfolg sagt alles!

Anfang 8 Uhr! Telefon: Ring 6700

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

CIRCUS BUSCH

Ab Dienstag, den 16. September, täglich 8 Uhr abends: Große internationale Doppel-Ringkampf-Konkurrenz im Mittel- und Schwergewicht

Über 40 Teilnehmer! Täglich 6 Kämpfe

Vorher: KONZERT. Einlaß 7 Uhr. Konzertbeginn 7 1/4 Uhr.

Vorverkauf: Verkehrs-Büro Barasch; ferner: Zigarrengeschäfte Kaluske, Friedrich-Wilhelm, Ecke Jahrstraße; Scholz, Garten, Ecke Teichstraße; Klossak, Neue Schweidnitzer Straße 12 sowie täglich von 11-2 Uhr und ab 6 Uhr (Sonntags ununterbrochen ab 11 Uhr) an der Circuskasse.

Am Dienstag, den 16. September, abends 7 Uhr, findet die öffentliche Verwiegung der Teilnehmer in Gegenwart von Pressevertretern, der Verbandskommission, hiesigen Sportfreunden pp. im Circus statt. Die für diesen Tag gelösten Eintrittskarten haben für die Verwiegung und für die Kämpfe Gültigkeit. Sämtliche Kämpfe stehen unter Aufsicht des internationalen Ringverbandes, Sitz Berlin.

TEEKANNE

„der Gehaltvolle“ DESHALB DER BILLIGSTE U. ZUGLEICH DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Nähmaschinen

unbrauchbare kauft Gräbichener Straße 45, p., r.

Arbeitsmarkt

KÜRSCHNER

geübte Jacken- und Mantelarbeiter für meine Werkstatt gesucht. M. Boden, Ring 38.

Zuschneider

flotte und gewandte Zeichner, die in größeren Betrieben bereits längere Zeit als solche tätig waren, zum sofortigen evtl. späteren Eintritt gesucht. Georg Friedländer Herrenkleiderfabrik Reuschestraße 37/38

Männer, Burschen, Frauen, Mädchen

für die Kartoffel- und Rübenerte können sich sofort melden im Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer Breslau II, Bahnhofstraße 19.

Alsener Molkerei Inh.: H. Neugebauer Alsenstraße 86 Tel. Ohle 7655

Breslauer Wurstfabrik G. m. b. H. Messergasse 25 - Tel.: Ring 1788 Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Brauerei-Ausschank Breslauer Haus Friedrich-Wilhelm-Straße 96 Guter Mittag- und Abendisch Wohlbekömmliche Biere Telefon: Ohle 7278 Albert Pihl Telefon: Ohle 7278

Silbermann & Co. Breslau, Ring 60 / Königsberg-Altstadt, Langgasse 23 Spezial: Backfisch- und Mädchen-Mäntel.

Alfons Gottwald Telephon Ring 1464 BRESLAU 13 Steinstraße Komplette Drahtzäune Drahtgeflechte Drahtwaren Ausführung sämtlicher Kunst- und Bauschlosserarbeiten

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik „Vindebona“ Inh.: Arthur Eibenschütz Weiße Ohle 15 Tel.: O. 2224 Billigster Einkauf für Wiederverkäufer

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. September.

Sozialdemokratische Partei.

Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr finden überall Frauenversammlungen statt.

Arbeitersamenarbeit sozialdemokratischer Lehrer.

Die diesjährige Lehrerversammlung findet nicht wie bereits angekündigt war am 2. Oktober, sondern erst am Montag, den 6. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Breslauer Gewerkschaftshauses statt.

Abteilung, Arbeiterjugend! Es fehlen noch 80 Mädchen und Mädchen zum Beitritt von Eltern. Wer irgend Zeit hat, muß heute oder morgen Abend im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25, erscheinen. Wer schon Eltern hat, muß sie bald eintragen.

Heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr, Arbeitersamenarbeit von Dr. v. Grumbkow.

Der „Deutsche Ostbund“ in Breslau.

Der „Deutsche Ostbund“ begann seine diesjährige Reichsversammlung am Sonntag nachmittag mit einer Vorstandssitzung, der sich eine Vertreterversammlung anschloß. Ihre Beratungen bewegten sich um Siedlungsfragen und Wohnungswesen.

Am Sonntagabend fand im großen Schießwerderaal die offizielle Begrüßungsveranstaltung im Rahmen einer „Tanneberkerfeier“ statt. Der Bundesvorsitzende Geheimrat Regierungsrat v. Tilly, sprach über die Ziele und Aufgaben des Ostbundes.

Am Montag vormittag, 15. September, fand im großen Schießwerderaal die offizielle Begrüßungsveranstaltung im Rahmen einer „Tanneberkerfeier“ statt. Der Bundesvorsitzende Geheimrat Regierungsrat v. Tilly, sprach über die Ziele und Aufgaben des Ostbundes.

Am Montag vormittag, 15. September, fand im großen Schießwerderaal die offizielle Begrüßungsveranstaltung im Rahmen einer „Tanneberkerfeier“ statt.

Am Montag vormittag, 15. September, fand im großen Schießwerderaal die offizielle Begrüßungsveranstaltung im Rahmen einer „Tanneberkerfeier“ statt.

Am Montag vormittag, 15. September, fand im großen Schießwerderaal die offizielle Begrüßungsveranstaltung im Rahmen einer „Tanneberkerfeier“ statt.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die gewaltige Teuerung hält auch weiterhin an. Alles ist in Hülle und Fülle vorhanden, doch die große Masse des Volkes muß daran vorübergehen, weil sie die geforderten Preise nicht bezahlen kann.

Pfund gehacktes Geirterfleisch wird für 70 Pf. verkauft.

In den Fischgeschäften hat man wiederum eine gewaltige Auswahl. In einer großen Fischhalle gab es sogar ein außerordentlich billiges Angebot in gefälschten Flussfischen.

Auf dem Geflügelmarkt herrscht ein ungewöhnlich lebhafter Betrieb. Hamburger und Schlesische Brat-, Mast- und Stoppfänse, das Pfund von 1,10 bis 2 Mark bieten sich in großer Auswahl an.

Reicher Segen macht sich auf dem Obst- und Gemüsemarkt breit. Karoffeln werden nun schon von 3 Pf. an das Pfund verkauft. Das Pfund Weichsel kostet 8 Pf.

Am morgigen Dienstag, abends 8 Uhr, spricht

Polizei-Oberst Dr. Schützinger

im Schießwerder. — Erscheint vollzählig!

Tagung des Provinzialverbandes Schlesischer Baugenossenschaften.

Am 6. und 7. September wurde in Breslau im Landeshause die diesjährige Tagung des Provinzialverbandes Schlesischer Baugenossenschaften unter dem Vorsitz des Landesrats Gärtner abgehalten.

In der Tagung nahmen etwa 75 Vertreter schlesischer Baugenossenschaften teil, außerdem Vertreter zahlreicher Behörden, der Reichsbauverwaltung, der Provinzialregierung, des Magistrats Breslau, des Schlesischen Heims und der Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaft in Oppeln.

Die reichhaltige Tagesordnung hatte am Sonntagabend Besprechungen über die Organisation des Reichsverbandes und seiner Provinzialverbände sowie einen ausführlichen Vortrag über das Ergebnis der Verbandsrevisionen im abgelaufenen Geschäftsjahr gebracht.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und als Beisitzer je ein Vertreter der Schlesischen Heimstätte und der Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaft Oppeln.

In Anbetracht der hiesigen Zweigstelle der Amt-Werte statt. Am Sonntag folgten dann Vorträge über die Aufstellung der Gesamtschuldenbilanz von Rechnungsrat Pußk und dann über die Finanzierung der Neubauten von Meßor Baumgarten.

Der Reichsverband erstreckt nach dem einstimmig gefassten Beschluß auf der diesjährigen Tagung seine Tätigkeit nach wie vor auf das Gesamtgebiet der Provinz Schlesien, also auf die Provinzen Nieder- und Oberschlesien.

Zufrieden an den Provinzialverband Schlesien sind an die Geschäftsstelle Breslau, Herdainsstraße 54, II, zu richten.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelzweckes.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, gibt der preussische Landwirtschaftsminister eine ausführliche Polizeiverordnung zur Bekämpfung des Kartoffelzweckes heraus, der ferner eine umfangreiche Denkschrift über die gleiche Materie beigelegt ist.

Reichssteuerverteilungen an die Preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, gibt der Minister des Innern folgende Steuerverteilungen bekannt:

a) Einkommensteuer (30 Et. Abz. Schlag Sept. 1924) auf jeden Rechnungsbetrag des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 1,2 Goldpfennig, für die Landkreise 0,18 Goldpfennig, für die Provinzen 0,10.

b) Dotationen (14 Pr. et. Abz. Schlag Sept. 1924) Gesamtbetrag 500 000 Goldmark — Inner Angelegenheiten der ihr bekannten Schlüsseljahre vermag jede Gemeinde sich den ihr zustehenden Betrag zu erschließen.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch, den 17. September, nachmittags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr, und Sonnabend, den 20. September, nachmittags von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr statt. Eingang Herdainsstraße 16.

Es wird nur Rechtsanwältin, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensurkunde, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Anweisungen zur Hundesteuer.

Der Polizeipräsident bestimmt:

Drei umherlaufende Hunde werden von Angehörigen des Polizeibereichs Fischer, Pöbelwischstraße 89 (Ternspracher Ohle 5703) in meinem Auftrag weggeführt. Die Tiere können gegen ein Entgelt von einem Goldmark nicht zurückgegeben und Futterkosten dort einbezahlt werden.

Ausfuhrbewilligungen für längere Dauer werden auf Grund herkömmlicher Bestimmungen in den zuständigen Polizeibehörden gegen Zahlung von drei Goldmark Verwaltungsgebühren ausgestellt. Die entsprechenden Vorarbeiten für die Bewilligungspostkarten an die Einfuhrgemeinden haben die Besitzer selbst zu tragen.

Die allgemein umherlaufende Misch-, das Hunde in den Gärten, auf Hausfluren und Treppenaufgängen frei und ohne Maulkorb umherlaufen dürfen, ist irrig. Hierbei kommen strafrechtlich die meisten Vorschriften der Polizeiverordnung in Betracht, die sich auf die Befreiung der Hunde von der Maulkorbpflicht beziehen.

Ein Arbeitgeber, der die gesetzlichen Vorschriften betr. Kündigung nicht kennt.

Es scheint heute immer noch Arbeitgeber zu geben, welche die gesetzlichen Bestimmungen über Kündigung, besonders wenn es sich um Kriegsverletzte handelt, nicht kennen. Erst die Gerichte müssen sie eines Besseren belehren.

Unpündbarkeit des Lohnes.

Bei der Zwischenmeisterin Frau D. war Herr G., ein alter Mann, als Bugler beschäftigt. Er soll ihr durch schlechtes Spiel großen Schaden verursacht haben, deshalb zahlte sie ihm den Lohn für 6 Arbeitsstunden in Höhe von 21,40 Mark nicht aus.

Frau D. erklärte, sie habe kein Geld, freiwillig zahle sie nichts, sie könne höchstens jede Woche eine Mark abzahlen. Das Gericht verurteilte sie nun zur Zahlung der verlangten Summe mit der Begründung, daß es eine Lohnpündbarkeitsgrenze in Höhe von 30 Mark pro Woche gibt.

Ein trauriges Los.

Durch ihre Heirat mit einem Ausländer ist die Arbeiterin Johanna Linke in eine überaus traurige Lage verwickelt worden. Dadurch, daß sie 1915 einen Tschechoslowaken heiratete, wurde sie nach dem Buchstaben des Gesetzes selbst Ausländerin. In Weiswasser gründete sich das Paar einen Hausstand, doch einige Jahre später sorgte der Ehemann nicht mehr für seine Familie, so daß schließlich die Armenpflege eingreifen mußte.

Breslauer Rundfunk.

Montag, den 15. September: 1.25 Uhr: Zeitansage. 1.30 Uhr: 2. Sprechstunde und Besprechungsstunden (Breslau amtlich). 3 Uhr: Wirtschaftsnachrichten (Berlin, amtlich). 7.30 Uhr: Unterhaltungsmusik der Hauskapelle. 8.30 bis 8.45 Uhr: 11. Sprechstunde, erreicht vom Geistl. Rat Edmund Becker. 9 Uhr: Was habe ich für mein Begrüßnis? Vortrag auf Veranstaltung der Besetzungsanstalt vorm. C. Heilmann. 9.10 bis 10.15 Uhr: Radio-Handel-Abend. Mitwirkende: Martha Klafel (Wein), Carl Bräuner (Toner). Am Seifenkügel: Dr. Edmund Wolf.

Das weitere Programm der Woche drucken wir morgen ab.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe Infanterie. Liebe Eltern! Schon heute weisen wir euch auf unsere Elternversammlung am Mittwoch, den 17. September in der Schule Berliner Straße, hin. Vor allem laden wir euch ein, auch mit euren Kindern dabei zu sein.

Der Fernsprechverkehr von und nach Orten des besetzten Gebiets und innerhalb des besetzten Gebiets wird von der französischen Besetzung abgelehnt. Bei Ferngesprächen mit dem besetzten Gebiet und innerhalb des besetzten Gebiets ist daher Verzicht geboten.

Luftpostbeförderung mit dem Luftschiff Z.R.3 nach Amerika. Zur Beförderung mit dem Luftschiff Z.R.3 nach Amerika liegen Ihnen so viele Postsendungen vor, daß das für Postzwecke vorgesehene beschränkte Ladungsgewicht erreicht ist. Weitere Sendungen für das Luftschiff können deshalb nicht mehr angenommen werden. Die Sendungen, deren Luftpostbeförderung nicht mehr möglich ist, werden den Absendern wieder zugestellt und, wenn diese es wünschen, auf dem gewöhnlichen Verkehrswege nach Amerika abgehandelt werden.

Großer öffentlicher Vortrag. Am Dienstag, den 16. September, spricht der bekannte Volks- und Kanzelredner P. J. G. Volpert, Magdeburg, im großen Konzerthaus über das Thema: „Mineralien, Friede, Millionen jetzt lebender Menschen werden niemals haben.“ Wer will auf das Inferno in der heutigen Nummer hin.

Breslauer Vergangenheit im Rundfunk und Lichtbild. Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, hält Genosse Landsberg im Auditorium maximum der Universität einen Lichtbildvortrag, in dem er seine Ausführungen, die er seit Wochen im Rundfunk macht, illustrieren will. Karten für 75 Pfennig und 1.10 Mark sind in der Volkswacht-Buchhandlung, sowie auch bei Hainauer, Köbner, May und Koch zu haben.

Im Zirkus Busch-Gebäude sind die Vorbereitungen für die große, internationale Doppel-King-Lampi-Konferenz beider. Dienstag, abend 7 Uhr, beginnt in Gegenwart der Verhandlungskommission, der Behörden, der Presse und geladener Sportfreunde von Breslau die öffentliche Verlegung der Teilnehmer. Die Verhandlungskommission wird dabei feststellen, welche der Gemeldeten in die Schwergewichts-Konkurrenz und welche in die Gruppe „Mittelgewicht“ eingereiht werden.

Turnverein und Halentanz. Vom Alten Turnverein wird uns geschrieben: „Die in Nr. 200 (27. August) der „Volkswacht“ veröffentlichte Meinung, als habe der Alte Turnverein Breslau in der Nachkriegszeit kein altes Turnwappen, die vier F, ist ungenau. Das alte Wappensteinchen es als Halentanz annehmen, auch mit einem Turnum. Die eigentümliche Verbindung der vier F ist das alte Wappen des 1886 gegründeten Vereins und hat mit Halentanz nichts das mindeste zu tun. Nach dem Kriege ist — aus Schönheitsgründen — ein neues Wappen eingeführt worden, das aus vier F auch das alte Wappen in kleinem Format oben links und rechts zeigt.“

Der zweite Abend der dramatischen Arbeitsgemeinschaft der Breslauer Volkshäuser, die Dr. Paul Baginski leitet, findet am kommenden Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lehrzimmer der Cecilia-Schule, Tschernstraße 29, statt. Zur Vorlesung gelangt ein Drama von Frank Wedekind, Teilnehmer aus den Kreisen der Mitglieder können sich noch in der Cecilia-Schule melden.

Zwei Schulfrauen vermißt. Vermißt werden seit dem 9. September die beiden 8 und 6 Jahre alten Schüler Wilhelm und Alfred Koska, hier, Gabelstraße 43 wohnhaft. Größe 1.12 und 0.98 Meter, Bekleidung: Wilhelm K. gelbe Sportjacke und graue Hosen, Alfred K. braune Jacke und graue Hosen, beide ohne Kopfbedeckung und ohne Fußbekleidung. Sie sind bereits am 9. und 10. September in Hermannsdorf und Rathen bei Deutsch-Wilna von Bewohnern auf der Landstraße gesehen worden. Sollten die beiden Knaben irgendwo getroffen werden, so sind sie in Schutzhaft zu nehmen und Nachricht an die Kriminalpolizei, Schulstraße 46, Zimmer 6, zu geben.

Festgenommen wurde ein Kraftwagenführer wegen Hehratschwindel in zwei Fällen und ein Sattlergeselle, weil er an einer Schülerin von der Elbingstraße unzüchtige Handlungen vorgenommen hat.

Vermißt. Der Schlosserlehrling Hans Zenker, geboren 10. September 1909, hier, Neue Adalbertstraße 112, bei den Eltern wohnhaft, hat sich am 9. September aus der elterlichen Wohnung entfernt und wird seit dieser Zeit vermißt. Er trägt sich annehmend mit dem am 16. März 1906 geborenen Walter Kietz, hier, Hindenburgstraße 26 wohnhaft, umher. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beiden ein Unglück zugefallen ist. Zenker ist 1.65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und blaue Augen. Bekleidet war er mit blauem Jackett, graugrüner Sporthose, gelben Schürchen und weißem Knieband, ohne Weste und Kopfbedeckung. Sachdienliche Angaben erbittet das Polizei-Präsidium, Schulstraße 46, Zimmer 7.

Schloßbruch. In der Nacht zum 6. September wurden im Schloß Nieder-Zauke durch Einbruch folgende Sachen gestohlen: 12 Teelöffel gez. D. v. E., 3 Teelöffel gez. R. v. E. und R. K., 12 kleine Gabeln gez. D. v. E., 1 Messergabel H. V., 16 kleine Löffel gez. D. v. E. und H. V., 12 Suppenlöffel gez. D. v. E. und M. v. H., 13 große Gabeln gez. D. v. E. und M. v. H., 15 große Messer gez. D. v. E., M. v. H. und H. V., 13 kleine Messer gez. D. v. E. und H. V., 8 Büchsen mit Wappen v. Kuchel, 1 Obfingabel mit Wappen v. Kuchel, 1 Futtergabel und 1 neues Teeservice gez. R. v. K. — Natürlich hat es auf Schloß Nieder-Zauke auch nie am nötigen Essen neben dem vielen Eßgerät gefehlt. Sachdienliche Angaben werden nach dem Polizei-Präsidium, Zimmer Nr. 59, erbeten.

Uebermorgen

in der Zeit von 1½ bis 7 Uhr nachmittags schreiben die Arbeiter und aus den Reihen der Angestellten die **Techniker, Werkmeister** sowie die **Büroangestellten** bei **Behörden, Rechtsanwälten** und der **Sozialversicherung** zur

Gewerhegerichtswahl,

um die Entscheidung herbeizuführen, wie die Spruchkammern in Zukunft besetzt werden. Jeder auf die **Interessen der gequälten Arbeitnehmer** bedachte Angestellte und Arbeiter wählt daher die

Liste 2

Einbruch in eine Fleischerwerkstatt. Am 19. September wurde in die Werkstätte des Fleischermeisters Erbe, Breitestr. 22, eingebrochen. Die Täter sind mittels Nachschlüssels in die Räume gelangt. Gestohlen wurden 1 Treibriemen, etwa 7 Meter lang, und 14 Zentimeter breit und verschiedene Fleischwaren. Sachdienliche Angaben werden nach Zimmer 59 des Polizei-Präsidiums erbeten.

Festgenommen wurde ein Schuhmacher, der in seiner Wohnung in der Wierzele keine 7 Jahre alte Kuffe gestohlen und mißbraucht und angeht hat.

Victoria-Theater.

„Hinfemann“.

Tragödie in 7 Aufzügen von Graf Tolstoj. Unter umfangreichen Vorbereitungen gegen Aufhebungen ging am Sonntagabend Graf Tolstoj „Hinfemann“ in Breslau zum ersten Male in Szene. Bei der tiefen Tragik, die das Stück durchdringt, fragt man sich allerdings vergeblich, wie es anderwärts einen Theaterlaubbau hervorgerufen konnte. Allerdings werden darin gewisse „heilige Güter“ unserer Halentanzschriften kräftig vermindert, aber soll das Theater den natürlichen Sinnungen der unglücklichen Kriegerstrümpf keinen Ausdruck geben? Tolstoj selber wendet in ihrem Jammer und ihren Schwächen, leider ohne jede Hoffnung auf eine künftige Besserung des Menschenschicksals von der Geißel des Krieges, Hinfemann ist im Kriege durch eine feindliche Kugel ermannt worden, und um dieses ihm nun in der Ehe lebende Glied dreht sich das ganze Stück, das vom Ehebruch der Frau zu deren Selbstmord führt. Das Drum-und-Drauf bilden allerhand zeitgemäße Figuren. Ein Anarchist oder Kommunist Knasch, ein sozialdemokratischer Parteifunktionär Zimmerleisch, ein Parteiloher Unbeschwert, ein christlicher Arbeiter Eingegott, ein Schieferbader und ein Ziegelredner, die sich streiten, weil ersterer etwas Besseres sein will, Halentanzler und Stahlhelmer, Juden, die über ihre Verfolgung klagen, aber bei den Klängen des „Friedericus Rex“ sofort mit ihren Weingern zu martialischen anfangen. Zeitungsungen mit nachsordumtenden Preßereueignissen, Leiermänner und ein Schaubühnenführer, der verkündet, daß Hinfemann, Pfaffen und Judenbühner den Instinkt des Volkes immer am besten zu beurteilen müßten. Von all diesen Figuren ist der Parteifunktionär am lächerlichsten gezeichnet, und das kann und wird der Krieg nur durch den Sozialismus unendlich gemacht werden. Aber so steht eben Tolstoj die Welt. Er läßt Hinfemann nach Toten ruhen, als ob ihm jemand sein verlorenes Glied ersetzen könnte. An etwas anderes denkt aber Hinfemann nicht, und weil dem Arman nicht zu helfen ist, weil ihm auch der Parteifunktionär nicht helfen kann, deshalb ist alle Zukunft der Menschheit trostlos.

Die Ausführung selbst war glänzend. Alfred Weierle wußte als Hinfemann den seelischen Leiden des Kriegsveteranen wichtigen Ausdruck zu geben. Max Walden war als Judenbühner von mehphistonhellischer Gewissenlosigkeit. Ina Belchornet gab die Frau Hinfemann mit allen Zeichen der

Duldbarin. Wollte man alle übrigen guten Leistungen schärfen, so müßte man fast die ganze Liste der Darsteller abschreiben. Der Weifall am Schluß war bei dem größten Teile der Besucher demonstrativ und von Hochrufen auf Tolstoj begleitet. Man anderer wird zum Nachdenken gekommen sein.

Filmschau.

Ab-Vielspiele. „Kriegsfilme“ (Nibelungen 2. Teil). Die Autorin Thea von Harbou hätte sich nicht über die böse Sieben der Gefangenen halten sollen. So wurde die ganze Handlung in epische Breite gedehnt. Dramatisch ist das Manuskript aus Teilen des hebbelischen Nibelungenwerkes und des Volkslieds zusammengestellt. Kriemhilds Intrigue auf der Egelburg, ihre Verurteilung als Giftmissetäterin, die Verurteilung des Schatzes, die Verurteilung und der Burgbrand sind lediglich registrierte Klänge, ein wenig durch die schauspielerische Leistung unterbrochen. An Trübsal ist dieser Film ärmer als der erste. In Massen bietet er mehr: Glücklich sind die etwas monotonen, belagerten Himmelsgefallen. Die Darstellung der Kriemhild ist bedeutend feiner; sie hat nichts von der vielgerühmten germanischen Heldigkeit.

Der Film wird in der Originalmusik vom verstärkten Orchester begleitet und ist, dank der aufgewandten Mühe, im ganzen Aufbau lebenswert.

Womensabentheater. Lustspiele. „Mar und die drei Austerlitz“. Der französische Chaplin Max Lindner macht den kurzen Wege vom Erhabenen zum Lächerlichen in der Uebertreibung eines Dumaschen Ritterstücks alle Ehre. Spitzige Situationen lösen einander ab. Häßliche Punkte, das Weich, die Ausritt, der zitternde Mut, selbst Königs Kränken werden in überhöfliche Pöle gewungen. — „Beschwores Abenteuer“. Eine Grotteske in der bekannten amerikanischen grotesken Kultur. Fehlschlag bringt sich in peinliche Lage, aus denen ihn nur keine tödliche Architekt rettet. — Außerdem ein Ex-Lustspiel „Er im Paradies“.

Wald-Theater. Zwischen Flammen und Bestien. In mehreren sehr dramatischen Akten wird das traurige Schicksal einer Zirkusartillerie geschildert. Die Gierigkeit aneinander bringt und in größte Not treibt. Das Werk ist von heiklem Verdurchpufft, besitzt angenehmes Tempo und wird zum Teil recht durchdacht dargestellt. Raubtiere und ein Zirkusbrand bilden Situationen. Man leuchtet, wie zu Anfang ein Titel belegt, in die noch sehr unerforschte Welt der Zirkuskomödianten. Drollige Künste jenseits jenseits für Abwechslung. — Dazu ein gar nicht futuristisches Lustspiel.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadtkonzert. Heute Montag, Anfang 7½ Uhr, „Mignon“ mit den Damen Mirkow, Glock und den Herren Hahn, Mendler, Gauß, Dswald, Jöllner. Morgen, Dienstag, Anfang 7 Uhr, „Lohengrin“. Mittwoch, Anfang 7 Uhr, wird die Neuinszenierung von „Aida“ wiederholt. Donnerstag, 8 Uhr, die Werke hierauf „Gianni Schicchi“. Die erste geschlossene Aufführung von Wagner's „Ring des Nibelungen“ beginnt am Freitag, den 19. September, mit „Rheingold“. Sonnabend, den 20. September, folgt „Die Walküre“. Die Daten für die beiden folgenden Abende werden nach bekanntgegeben.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Vielfachen Wünschen der Operette „Die Verden der Cleopatra“ wieder in den Spielplan aufzunehmen, folgern, hat die Direktion Frau Edith Karz zu einigen Gastspielen verpflichtet. Frau Edith Karz am Mittwoch und Donnerstag als Cleopatra auf. Heute Montag und morgen Dienstag wird die Operette „Das Weib in Purpur“ wiederholt.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur				Wind	Nieder-schlag	Wetter
	heute früh	Maxim., seit 24 Stunden	Min.	Wind			
15. 9. 24.	14	23	12	NW 2	ger.	wolfig	
Krieten	14	23	12	NW 2	ger.	wolfig	
Schneeflocke	5	9	4	W 4	1	Rebel	
Schreiberhan	10	21	10	W 1	1	wolfla	
Grünberg	13	23	10	W 2	0	„	
Görsch	12	21	9	W 1	—	heiter	
Beuthen	—	—	—	—	—	—	
Kelner	13	20	9	W 2	0	bedekt	

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Krieten bei Redaktionschluss) Die über Nordeuropa schnell dahinjagenden Störungen führen uns nur mit ihren Enden und bringen vorübergehende Bewölkungsunruhe und stärkeren Wind. Im allgemeinen wird daher auch morgen noch der schon herbitliche Witterungscharakter mit kühler Nacht andauern.

Das Buch!
Wessen Seele aus des Tages Eimerlein hinausgeseilt ist, der findet seinen treuesten Freund im Buch.
Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Statt Karten.
Sonntag, nachmittags 5¼ Uhr, entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, herzenguter Gatte, treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der **Gastwirt und Hausbesitzer**
Paul Klose
im 43. Lebensjahre.
Breslau, den 15. September 1924
Friedrich-Wilhelm-Straße 104.
Im Namen der Hinterbliebenen
In tiefer Trauer
Anna Klose geb. Kubitzki
und Kinder.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4½ Uhr, von der Kapelle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Zurückgekehrt
S.-R. Dr. Guhrauer
Geld auf Pfänder!
Leihhaus Weidenstraße 7, I.

Für Mithras
und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufhebung nicht übernommen werden.
Verlag
der **Volkswacht**
Kinderwagen
verk. Reuschstr. 57, L
Sonderate erzielen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Städt. Handelsschulen in Breslau.
1. Höhere Handelsschule für Schüler und Schülerinnen. Einjähriger Lehrgang.
2. Handelsschule für Schüler und Schülerinnen. A. Einjähriger Lehrgang. B. Zweijähriger Lehrgang.
3. Wahlfreie Abendkurse für Damen und Herren. Halbjährige Lehrgänge.
Anmeldungen für die am Dienstag, den 14. Oktober beginnenden Kurse werden ab 15. August entgegen genommen.
Zustünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Tschernstraße 22, I. Stod. Hier sind auch Uebersehtspäne erhältlich. Zulassung derselben erfolgt nur gegen Einlegung von 20 Pfennig und des Portos.
Der Magistrat.

Belohnung
Kauf Verkauf, Commission, Vorsch.
von Brillanten u. Wert. in Breslau.
Felix Sonnenfeld
Ohlauerstr. 46, I. Eing. Neue Gasse 11
7000
Nummern der Reclam'schen Universal-Bibliothek
sind als beste Lektüre für pottbillig zum Verkauf.
Preis jeder Nummer:
kartoniert 15 Pf., gebunden 20 Pf.
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Das Buch!
Wessen Seele aus des Tages Eimerlein hinausgeseilt ist, der findet seinen treuesten Freund im Buch.
Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5
V.M.W. nürnberg
Generalvertretung und Großlager:
Max Manderla, Breslau 13, Sadowastrasse 22.
Telephon 6182.
Geld
auf Pfänder aller Art gibt
Leihhaus „Wratislawia“, Schwendelstraße 12

Aus Schlesien.

Ein ganz besonderes Theater

Haben die Kommunisten am Sonntag in Hindenburg aufgeführt. Sie haben sich aus 21 Dörfern ebenfalls Strohpuppen — nicht gedruckt, wie gewöhnlich — bestellt und sie zu sozialdemokratischen Ortsgruppen gestempelt. Dann haben sie mit ihnen einen kommunistisch-sozialdemokratischen Einigungsfest abgehalten. — So berichtet wenigstens R. W. Ob nun die Kommunisten in Hindenburg Unzufriedenheit einfach ein Telegramm geschickt haben oder ob sie wirklich ein solches Theater aufgeführt, steht noch nicht fest. Auf jeden Fall aber ist es eine Namengebung der Kommunisten, die sich würdig ihrer früheren „Laten“ mit und ohne Kindertrompete anschließt.

Die Polonisierung einer historischen deutschen Fachschule.

Die berühmte Obereschleische Bergschule in Tarnowitz, die unter Friedrich dem Großen vom Grafen Reden begründet und mit der Geschichte des schlesischen Bergbaues auf das engste verbunden war, hat, wie der Ost-Express meldet, nach fast 150-jährigem Bestehen ihr Ende als deutsche Lehrstätte gefunden. Auf Beschluss der polnischen Regierung wird der Unterricht vom September ab ausschließlich in polnischer Sprache und von polnischen Lehrern erteilt. Die Schüler der zwei oberen Klassen sind mit jenen der deutschen Lehrerschaft auf das deutsche Gebiet in die Gegend von Gleiwitz hinübergezogen.

Grenzmarkentag und Stahlhelm-Flaggenweihe in Glogau.

Am Sonntag, den 7. September, veranstaltete der Stahlhelm und Wewolff unter dem Deckmantel „Grenzmarkentag“ die Flaggenweihe von Stahlhelm und Wewolff. Von Seiten der Regierung war jede öffentliche Veranstaltung verboten. Es sollte ein Festzug sowie Parade marsch in aller Öffentlichkeit stattfinden, dies wurde aber — trotz aller Anstrengungen — durch die Standbesetzung auf dem Marktplatz am Sonntag und Montag verhindert. Besondere ist, dass der „Anfahrtsvorkehrer“ in Glogau es gestattet hatte, die Bahnsteige sowie den Vorplatz des Bahnhofs mit schwarz-weiß-roten Flaggen zu schmücken. Auf dem Vorplatz des Bahnhofs war eine Wache angebracht mit der Aufschrift: „Front-Heil, Kameraden!“ Wir fragen hiermit an, ob die Reichsbahn-Direktion hierzu die Genehmigung erteilt, oder ob der Bahnhofoberleiter in Glogau eigenmächtig gehandelt hat? Der Aufbruch zum Festtag der Festsetzung, die Häuser der Stadt mit schwarz-weiß-roten Fahnen zu flaggen, sind nur verhältnismäßig wenige nachgekommen. Wenn wir uns die einzelnen Geschäftsbauten betrachten, die dem Fest nachgekommen sind, so müssen wir feststellen, dass 90 Prozent G. A. M. I. und W. I. d. I. e. n. waren. Gerade diese Geschäftsleute wissen, dass die Mitglieder und Anhänger von Schwarz-Weiß-Rot ihre größte Stärke darin erblicken, bei ihrer Veranstaltung ein recht hohes Quantum Alkohol anzusetzen.

Am Sonntag vormittag mit den 11 Uhr-Jahren kamen die letzten Reste der auswärtigen Vereine an und legten sich über das Verbot, nicht in geschlossener Formation vom Bahnhof nach der Stadt zu marschieren, hinweg. Auf dem Marktplatz war von 11 Uhr an Standort, wo sich die Gruppen sammelten. Von hier aus wurde wiederum in geschlossener Formation in gewissen Abständen der Rückmarsch nach dem Schützenhaus angetreten. Nur vereinzelt waren Schuttpolizeireiter in der Lage, die Gruppenformationen anzuhängen und auseinander zu bringen.

Nachmittags gegen 2 Uhr formierten sich die Stahlhelmgruppen im Schützenhausgarten und marschierten nach dem Festplatz. Vor dem Schützenhaus stellten sich drei Schuttpolizeibeamtete dem kommenden Zug entgegen, da sie aber zu schwach waren, wurden sie an die Seite gedrängt und glatt überannt. Auf der Rückstraße hat einer dieser Beamten nachmals berichtet, den Zug aufzuhalten und dabei wurde er von den Stahlhelmschützen tödlich angegriffen. Der Zug wurde mit Muff des Trommlers und Pfeiferkorps nach dem Festplatz geleitet. Aus diesen Vorgängen geht deutlich hervor, dass der Oberbürgermeister als Polizeichef vollständig versagt hat, dass ebenso die Leitung der Schuttpolizei nicht die notwendigen Vorkehrungen und die richtige Einteilung der Beamten vorgenommen hat. Der Oberbürgermeister war persönlich auf dem Festplatz anwesend, hat wahrheitsfalsch auch dem ganzen Vorgang vom Schützenhaus bis zum Festplatz beigegeben und hat dann noch, als sich die Gefahr für die Schuttpolizeibeamten durch die drohende Haltung der Stahlhelmschützen vergrößerte, persönlich angeordnet, nicht zu scharf gegen diese Stahlhelmschützen vorzugehen. Es sind Augenzeugen vorhanden, die diese Worte des Oberbürgermeisters gegenüber dem Führer der Schuttpolizei gehört haben. Wir bitten die zuständigen Stellen, vor allen Dingen das Ministerium des Inneren, die verantwortlichen Stellen zur Rechenenschaft zu ziehen.

Im Verlauf des Tages ist ein stärkeres Polizeiaufgebot nach dem Festplatz geschickt worden, weil auch dort der verbotene Paradezug öffentlich aufgeführt werden sollte. Die ankommenden Beamten wurden von den Stahlhelmschützen mit Steinen bedroht. Die Festleitung versuchte in Anbetracht der drohenden Haltung der Stahlhelmschützen die Schuttpolizei zu veranlassen, den Festplatz zu verlassen. Nach der Fahnenweihe wurde in der Festhalle vor der Generalkassette ein Paradezug angeordnet. Es war verboten, diesen Paradezug sowie auch die Fahnenweihe auf öffentlichem Platz vorzunehmen. Trotz des Verbots ist der Paradezug aus der Festhalle heraus auf dem Festplatz fortgesetzt worden. Die Schuttpolizei hat diesem Spiel ruhig zugeesehen, ohne Anweisung zum Eingreifen zu geben. Erst später, als die Polizeibeamten selbst aus sich heraus versuchten, die Stahlhelmschützen zur Verurteilung zu bringen, gab es wieder einen Zusammenstoß. Hierbei waren die Polizeibeamten gezwungen, zur Waffe zu greifen, um sich vor persönlichen Angriffen zu schützen. Es war unmöglich, bei dem schwachen Aufgebot von Polizeikräften der widerstandsfähigen Masse und den Herden in ihrem Treiben Einhalt zu bieten. Um die Beamten besonders zu zeigen, kam eine Gruppenkolonne unter Leitung von aufreizenden Liedern vor der Wache der Schuttpolizei vorbeimarschiert. Auch da hat die Leitung der Schuttpolizei nicht Veranlassung genommen, einzugreifen. Die Beamten haben aus sich heraus einzelne namentlich festgesetzt und den Umgang aufgeklärt. Bei dieser Gelegenheit äußerte der Führer der Hundertschaft zu einem Schuttpolizeibeamten: „Das ist doch kein Paradezug. Sie hätten hier gar nicht eingreifen brauchen.“

Als einzelne Gruppen der Stahlhelmschützen gegen 7 Uhr abends zum Heimatsfest rüsteten, kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß, wo die Beamten gleichfalls die Waffe ziehen mußten. Es wurden circa 6 Stahlhelmschützen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet und die übrigen zerstreut. Diese Zusammenstöße haben in mehreren

Straßen im Verlauf des Abends stattgefunden. Auch hierbei erwies sich das unzureichende Aufgebot von Schuttpolizei, die es nicht verhindern konnten, die Gruppen feilschend auseinander zu bringen. Es ist sogar vorgekommen, daß einzelne Gruppen ihre Fahnen aufgesteckt vor sich hertrugen und aufreizende Lieder dabei sangen.

Besonders hervorzuheben ist das Benehmen des Eisenbahnervereins, der mit eigener Kapelle antrat und der es sich nicht nehmen ließ, in geschlossenem Zuge nach dem Festplatz zu marschieren. Kurz vor Eingang zum Festplatz setzte die Kapelle ein und im Festplatz angekommen verlor ein Polizeibeamter den Zug aufzulösen und entließ dabei dem Pausenschläger den Pausenschläger. Der Führer der Kapelle sprang hinzu, entließ dem Beamten den Pausenschläger und schlug ihn damit auf den Kopf. Wir erlauben das Ministerium, in Zukunft derartige Veranstaltungen vollständig zu verbieten. Vor allen Dingen muß aber die Leitung der Schuttpolizei auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden, und wenn derartige Personen nicht in der Lage sind, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, dann soll dafür Sorge getragen werden, daß diese unfähigen Führer bestraft werden, weil dadurch leicht Unheil angerichtet wird.

Schmachvoller Zustand

Von der Breslauer Monisthischen Gemeinde wird uns geschrieben:

Noch immer wird durch Verwaltungspraxis die durch die Reichsverfassung gewährte Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger im deutschen Vaterlande untergraben, ohne daß gewisse Kreise von nationaler Schmach reden. Den neuesten Fall bilden die Reichsbücherei und „Kritische Rückblicke“ unterbreiten wir der Öffentlichkeit mit der Bitte um weitestgehende Verbreitung in allen Blättern, die für Recht und Wahrheit eintreten.

In Strehlen verlor plötzlich der Rechtsberater Johannes Zuwachs, Stadterordneter und Kreistagsabgeordneter. Die Hinterbliebenen mußten den Tod unseres ehemaligen Mitgliedes bei der evangelischen Pfarrei zur Beerdigung melden, da die Stadt Strehlen keinen Kommunalfriedhof hat. Da Zuwachs aus der Kirche ausgetreten war, gestattete das Pfarramt nur eine Grabrede von einem freireligiösen Prediger; ein „Mann aus dem Volk“ durfte nicht reden. Mit dieser Zustimmung bestellte die Witwe bei unserer Gemeinde die Grabrede. Wir beauftragten unseren langjährigen Sprecher Herrn Pleisch mit dieser Aufgabe, der bei seiner Ankunft im Trauerhaus in Strehlen folgendes schlagendes Dokument vorlegte:

Evangelisches Pfarramt. Strehlen (Schl.), 4. September 1924.

An verwitwete Frau Rechtsberater Johannes, hier. Auf Grund des heute entsprechend § 21 unserer Friedhofsordnung gestatteten Beschlusses des Gemeindekirchenrats, seinem Prediger oder Sprecher der freireligiösen Gemeinde zu Breslau das Reden an dem Grabe Ihres verstorbenen Gatten zu gestatten, wird hiermit die Ihnen von Herrn Pastor G. erteilte Genehmigung erteilt, daß ein Prediger der Breslauer freireligiösen Gemeinde bei der morgigen Beerdigung Ihres Gatten auf unserem Friedhof sprechen dürfe. In dem Sinne, daß die Friedhofsverwaltung sich zur Kenntnis gebracht wird, werden Sie zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß Zuwiderhandlungen gegen obiges Verbot, wie gegen das andere Ihnen gestern durch Herrn Pastor G. bekannt gegebene Verbot, daß Nichtgeistliche nicht am Grabe sprechen dürfen, als Hausfriedensbruch angesehen und gerichtlich verfolgt werden.

Das Evangelische Pfarramt. J. B. Schönemann, Pastor.

Unser Sprecher bemühte sich schleunigst zu dem unterzeichneten Pastor, der ihn beziehungsweise nicht ins Dienstzimmer hereinließ, sondern nach der Wohnung ging, um dort, im Türschloß stehend, unseren Sprecher mit wenigen Worten obliegend zu beschied. Herr Pleisch ging im Bewußtsein seines guten Rechtes nach dem Rathaus, um dort, gestützt auf eine Kammergerichtsentcheidung aus dem Jahre 1921, einen Einigungsversuch zu unternehmen. In einem ähnlichen Fall hat das höchste Gericht freisprechend entschieden und dabei gesagt:

„Das Verbot von Latentreten, das durch die Friedhofsordnung für den Begräbnisplatz ausgesprochen ist, sei völlig ohne Belang.“

Sie wurde leider kein verantwortlicher Beamter angehoffen. Der Bürgermeister in Urfau, der Beigeordnete nicht im Dienst, der auskunftsgewende Oberkretzer ein Bild der Hilflosigkeit. Inzwischen war die Zeit zur Trauerfeierlichkeit herangerückt. Unter außerordentlich starker Beteiligung bewegte sich der Zug zum Friedhof, besetzt und betreut von zwei Vertretern der ausübenden Gewalt. Am Grabe standen etwa 1200 bis 1500 Menschen. Als unser Sprecher ein einleitendes Gebet gesprochen, trat der Totengräbermeister Ungelent an den Redner heran, um in dicker Weise, seinem Namen alle Ehre machend, dem Redner ein Verbot des Kirchensprekels, des Pastor Schönemann, vorzulesen. Herr Pleisch lehnte das unter Berufung auf die Verfassung und die Grundgesetzgebung des höchsten Gerichts ab und sprach weiter. Der Totengräber verlangte nun das Einschreiten der Polizei. Den Beamten war bei der Erregung der Friedhofsverwaltung ihre Sache nicht unangenehm. Zum zweiten Male unterbrach der Totengräber die Rednerhandlung unseres Sprechers, um von diesem erneut zurückgewiesen zu werden. Hierauf schritten die Beamten ein und forderten Herrn Pleisch auf, den Friedhof zu verlassen. Um die Szene nicht zu steigern, wich der Redner. Der „Gottesacker“ war zum Unfriedhofspolizeibeamten geworden, dank der Befehle, die der Verfassung entgegengekehrt die Glaubensfreiheit veranfert. Die Leidtragenden begaben sich dann in einen Saal, um dort den Nachruf zu hören. Die Motive, die Folgen interessieren für heute nicht. Darüber werden wir später berichten.

Wir fragen: Wann erfolgt die Trennung von Staat und Kirche, die allein eine Bürgerschaft ist, daß solche schmachvolle Behandlung nicht mehr wiederholt? Wann werden alle Kommunen eigene Friedhöfe haben, auch für Dissidenten, Monisten usw.? Wann werden alle christlichen, freireligiösen Menschen die Möglichkeit der Kirche (siehe den Zentrumseinspruch gegen den Krematoriumsbau in Breslau) mit abwehren helfen? Wird die Staatsgewalt jetzt endlich Zeit haben für gleiches Recht — kein Vorrecht! — für uns Monisten zu sorgen? Wir bitten um Antwort eine Bestrafung unseres Sprechers (gegen das nicht einmal das Kammergericht anzurufen ist) dank Herrn Emmingers Sparjustiz zu erhalten.

Strehlen. Im Kampfe um die Republik. Seit dem ersten Auftreten des Reichsbanners in Strehlen am Verfassungstage beschäftigt sich der völkische „Volksbote“ hier in häßlicher und unwahrer Kritik mit dem Bunde republikanischer Kriegsteilnehmer. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltete darum am

Dienstag, den 9. September, abends 8 Uhr, in der großen Aula des Gymnasiums eine öffentliche Versammlung, für die der Gauvorsitzende, Abgeordneter Herrmann Breslau, als Redner gewonnen worden war.

Die sachlichen Darlegungen über Notwendigkeit und Programm des Reichsbanners waren die beste Widerlegung gegenüber dem Märchen, die den Strehlener Einwohnern im „Volksboten“ zweimal in der Woche über das Reichsbanner vorgelesen werden. Die dauernd wachsende Ortsgruppe, der nach der Versammlung eine Reihe neuer Mitglieder beitraten, gedenkt am 5. Oktober die Bannerweihe feierlich zu begehen und dabei schon heute alle Kameraden zu dieser Feier ein.

Wanzen. Reichsbannergründung. Am 6. September sprach in der vor kurzem hier begründeten Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß der Gauvorsitzende Kamerad Herrmann Breslau über den republikanischen Gedanken und seine Stärkung durch das Reichsbanner. Im Anschluß an den Vortrag traten sofort eine Anzahl der Zuhörer dem Bunde bei.

Reife. Töblich verunglückt ist die als Stütze bei Studienassessor Dr. Niebach im Knappschien Haupte auf der Poststraße beschäftigte 23jährige Tochter unseres Parteigenossen Tischlers Kynast, Kramerstraße. Sie stürzte bei der Arbeit aus einem Fenster des 3. Stockes auf die Straße herab und verstarb nach wenigen Minuten.

Münsterberg. Reichsbanner. Eine Reihe hiesiger Republikaner waren an die Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß herangetreten, um hier als Gegenengewicht gegen die Reaktion eine Ortsgruppe des Bundes republikanischer Kriegsteilnehmer ins Leben zu rufen. In Münsterberg hat man doch sogar die amtliche Verfassungsfeier am 11. August ausfallen lassen. Der Saal zum „Schwarzen Adler“, in dem am 6. September, abends 8 Uhr, die Versammlung stattfand, war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Vortragende, Abg. Herrmann Breslau, sprach über das Programm des Bundes unter großem Beifall. Im Schlußwort wolle er noch eine scharfe Abrechnung mit einem kommunistischen Diskussionsredner. Die Ortsgruppe wurde gegründet und 100 Mitglieder traten sofort bei.

Gleiwitz. Ein sportliches Ereignis stellt das am vorletzten Sonntag vom hiesigen Sport-Abteilungsverein veranstaltete Weltangeln dar. Trotz der Ungunst des Wetters nahmen gegen 50 Angler daran teil. Nachdem ein Signal das Zeichen des Beginns gegeben, wurde bereits nach drei Minuten der erste Fisch gefangen, dem nach kurzer Zeit weitere 19 folgten. Es wurden gute Erfolge erzielt.

Arbeiter-Sport

I. Arbeiter-Spiele und Sportfest

veranstaltet vom Abteilungsverband Gräbchen der „Freien Turnerschaft“, Breslau. (Wir geben die Kritik eines Sportgenossen, die keinen Reiz hat, darstellt, wieder. Ueber die Veranstaltung selbst werden wir ausführlich berichten.) Vom schönsten Herbstwetter begünstigt, fand am Sonntag, den 14. September, auf dem V. H. -Platz in Wrochbier das obenbenannte Fest statt. Bedauern muß man zunächst, daß, trotzdem die Teilnehmerzahl — vornehmlich der Jugend — für das erste Fest dieser Art in größerem Rahmen eine verhältnismäßig hohe war, noch laute Turngenossen und -Genossinnen abseits stehen, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß manche Abteilungen überhaupt nicht vertreten waren. Streifen, Dels, Weibden, Schilles war der Platz nicht zu weit entfernt, das Schützenschloß nicht zu hoch gemauert. Darum hätten auch die Festenden der „Freien Turnerschaft“ das Risiko eingehen können und sie wären bestimmt auf ihre Rechnung gekommen. Nun die lieben Zuschauer. In daselbe Horn, in das die Bürgerlichen bei ihren leichtathletischen Veranstaltungen betriebslos blauen, können auch wir lauten, nur etwas kräftiger. Breslau ist Industriestadt, in deren Fabriken und Betrieben nur bestmögliche Beschäftigung zu sein pflegen, denn sonst hätte man doch bei dem ersten Arbeiterfest nicht mehr Arbeiter als Zuschauer sehen müssen, aber hauptsächlich war der Eintrittspreis zu niedrig, denn man ist es nun einmal gewöhnt, die Eintrittspreise gleich Marktwelt abzuladen, a. B. bei Schachturnierveranstaltungen mit Trommelklang, Straßentänzen und anderen Kennen mehr. Hoffentlich läßt deswegen die Leitung der Kopf nicht hängen. Nun zur Organisation und zum Fest selbst. Technische Leistung und Ordnung waren auf der Höhe und jederzeit auf ihrem Platze. Vormittags fanden die Vorspiele im Drei- und Fünfkämpfer der einzelnen Sparten, sowie der Einzelkämpfer statt; anschließend die Vorläufe zu den Stafetten. Die schnellsten Mannschaften traten nachmittags zu den Endwettbewerben an. Ab 2.15 Uhr nachmittags wurde die Veranstaltung mit einem Schlußauflauf künstlicher altlicher Teilnehmer eingeleitet, welchen Freitreibungen der einzelnen Kategorien folgten; am besten gefielen die der Sportlerinnen durch ihre erste Ausführung. Anschließend an diese die Endkämpfe in Stafetten, sowie einige leichtathletische Vorführungen. Durch Handball, Gewandauflauf der Fünfkämpfer statt. Eine Bitte zum Schluß an die technische Leitung des Festes: Uebernehmt bei der Januarwahl in der Freien Turnerschaft das Spiel und Sportfest und ihr habt kein 2. Arbeiterfest, das einen noch größeren Erfolg; Hunderte denken noch an die schönen Stunden beim An- und Abkamen (eine vorkriegszeitliche Begegnung) zurück und sie würden euch jederzeit unterstützen. E. B.

Wichtig. Gewerkschaftler, Eltern und Erziehler! Die Schwere der Lebensverhältnisse, die Zerstückelung durch den Krieg u. a. m., haben es zur Last gemacht, daß in jedem Bereich, sei er zu körperlicher oder geistiger Fortbildung des Volkes bestimmt, die älteren Genossen fast vollständig ausbleiben. Wir wollen als Turner bekennen, daß bei einem Mitgliede, welches schon von Jugend auf sich einer sportlichen Tätigkeit unterzogen hat, durch sein praktisches Können sein Ansehen ein weit größerer sein wird, als bei einem älteren Anfänger. Doch dürfte es allen Eltern und Erziehern bekannt sein, daß wir im Sinne der Volksgesundheit arbeiten; nicht nur eine leibliche Gesundheitsgemeinschaft sind, sondern daß wir durch jede sportliche Tätigkeit den Allgemeinbildungsstand der ganzen Bewegung höher bringen wollen. Mit Gemeinübungen wollen wir die Menschen allgemein auf die Höhe des Lebenszieles bringen, keiner soll zurückbleiben. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist: Freiheit und Gilt für alle Menschen, Brüderlichkeit und Gleichheit für beide Geschlechter! Aber auch Ihr, die Ihr Euch irrtümlich zu alt fühlt, gehört in unsere Reihen. Parteigenossen, Gewerkschaftler und Väter unserer Schüler, bedenkt, daß die Jugend unsere Zukunft bedeutet; kommt zu uns, wir erwarten Euren Rat, wollen Hand in Hand mit Euch arbeiten, wir wollen aus Euren Kindern ein freies, starkes Geschlecht erziehen; Menschen heranbilden, denen es neben geistiger Spannkraft nicht an Stärke fehlen soll, wenn der Endkampf für die Freiheit aufstrebenden Ideen des Sozialismus beginnen wird. Kommt, helfet Eure Ueberzeugung durch die Tat, und Ihr werdet manch frohe Stunden erleben, welche Euch den erbitterten Kampf ums Dasein für kurze Zeit vergessen lassen. Freie Turnerschaft Breslau, 8. Abteilung. Drei Heft!

Anlaßlich der Erkenntnis der Notwendigkeit eröffnen wir am Freitag, den 19. September, eine Altersriege und erwarten von allen Eltern und Erziehern eine zahlreiche Beteiligung. Turnstunden von 7-9 Uhr in der Turnhalle Omerer Straße. Wir bitten dieses besonders zu beachten. Die Abteilungsverammlung sei Wilmann Patt. Vollständiges Ergebnis der Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Schlesischer Arbeiter-Sport Nr. 17, erscheint Morgen Dienstag. Werbt für unser Organ, wendet selbst selber!

Interessante Feststellung: Die hygienische, das heißt die vorbeugende, desinfizierende und heil helfende Wirkung des Odol, nicht nur auf Zähne, Mund, Mandeln, Rachen usw., sondern indirekt auch auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer umfassendere und tiefere heraus.

Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz des Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonals.

Am Sonntag, den 7. September, fand in Breslau, im Gewerkschaftshaus, die 4. Konferenz des im Deutschen Verkehrsband organisierten Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonals statt. Aus allen drei Oberpostdirektionsbezirken, Breslau, Pommern und Opperln, waren die Delegierten erschienen, haben keine Opfer gescheut; selbst die entlegenen Banbezirke wie: Görlitz, Grünberg, Gleiwitz, Kreuzburg usw. hatten ihre Vertreter zu dieser Konferenz entsandt. Ja, wir können auf diese Tagung stolz sein, denn trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen der gegnerischen Verbände und Verbänden waren fast alle Bautrupps vertreten. Trotz der Inflation, worunter auch der Deutsch-Verkehrsband schwer zu leiden hatte, trotz des Personalabbaus, der so manche Veränderung in den Reihen der Kollegenschaft brachte, bewies die Beteiligung in den Reihen der Kollegenschaft beachtlich, bewies die Kameradschaft mit ihren Kameraden, daß das Post- und Fernsprechpersonal und insbesondere die Kollegen Telegraphenarbeiter, die wirksamste Vertretung ihrer Berufsinteressen nur in einer freien Arbeiterorganisation, im Deutschen Verkehrsband, gewahrt wissen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Przychalski in Breslau den Tätigkeitsbericht der Gewerkschaft für das erste Halbjahr 1924. Er wies in seinem Vortrage darauf hin, daß sich infolge der Personalabbaupolitik vom 11. 12. 1923 in allen drei Oberpostdirektionsbezirken schwere Differenzen ergaben. Die einzelnen Banämter und insbesondere das Telegraphenbauamt Görlitz, T. B. II Breslau und Opperln, glaubten diese Gelegenheit auszunutzen zu können um in allererster Linie die Betriebsratsmitglieder sowie die Vertrauensleute des Deutschen Verkehrsbandes abzubauen. Durch energisches Eingreifen der Gewerkschaft konnte dem Vorhaben der einzelnen Dienststellen vorgebeugt werden, und in verschiedenen Fällen, wo bereits Betriebsratsmitglieder zur Entlassung gekommen waren, mußten sie wieder eingestellt werden. Ferner ergaben sich Differenzen bei Auslegung der tariflichen Bestimmungen, sowie in der Uebernahmungsfrage. Hier konnten alle diese Differenzen teils durch schriftlichen Verkehr, teils durch mündliche Verhandlungen mit den maßgebenden Dienststellen, beigelegt werden. Eine große Härte bildet immer noch die Nichtbezahlung des Uebernahmungsgeldes, das im Wohnort, indem den Kollegen, die in der Nähe ihres Wohnortes tätig sind, das Uebernahmungsgehalt voranzustellen wird, und andererseits, wenn sie am Amtsort arbeiten — von wo aus das Zehr- und Uebernahmungsgehalt berechnet wird — und keine Gelegenheit haben, abends zu ihrem Wohnort zurückzukehren, sie ebenfalls diese Entschädigung nicht erhalten. In diesen Fällen müssen sie die Zehr- und Uebernahmungskosten von ihrem eigenen Lohn bezahlen, sie sind somit gezwungen, einen Teil ihres Einkommens der Familie zu entziehen und im Interesse der Verwaltung verwenden. Von der Verwaltung wird gefordert, bei Bemessung des Zehr- und Uebernahmungsgehaltes konsequenz zu bleiben und getreu den tariflichen Bestimmungen, das Uebernahmungsgehalt in allen Fällen der Uebernahme außerhalb des Amtsortes zu zahlen. Eine in diesem Sinne abgefasste Entschädigung wurde dem amtierenden Vertreter des Bundesorganisationskollegen Valentin in Berlin auf den Weg gegeben, mit dem Auftrag, sich beim Reichspostministerium zu verwenden. Dagegen wird der Bundesorganisationskollege, sich dafür zu verwenden, daß alle Kollegen, die infolge der neuen Baureform oder infolge der Personalabbaupolitik nach einem anderen Amtsort versetzt worden sind, oder ihr Amtsort verlegt wurde, und sie durch diese Maßnahmen einen doppelten Haushalt führen müssen, eine entsprechende Entschädigung gezahlt wird.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die Konferenz die Ausführungen des Referenten über die beabsichtigten Maßnahmen der D. V. D. Breslau. Trotzdem die Arbeitszeit tariflich geregelt ist, machte sich Herr Postrat R. . . . Kopfschmerzen darüber, ob auch die Telegraphenarbeiter in den Wintermonaten 9 Stunden täglich werden arbeiten können. Er glaubte, im Interesse der Telegraphenarbeiter im Sommer eine Arbeitszeit von 10 und im Winter eine solche von 8 Stunden einführen zu müssen. Wir haben uns im Auftrage der Kollegenschaft für derartige „Lebenswundwürdigkeit“ bedankt und der Herr Postrat mußte sich, infolge unseres Einspruchs, vom Reichspostministerium sagen lassen, daß die Regelung der Arbeitszeit eine Angelegenheit der Tarifparteien ist. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß auch die Telegraphenarbeiter mit der jetzigen Regelung der Arbeitszeit nicht zufrieden sind; aber, nicht deswegen, weil sie „nur“ neun Stunden arbeiten dürfen, sondern, weil sie nach wie vor den Achtstundentag fordern.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung über die Telegraphenarbeiterlaufbahn, bzw. über die Ueberführung der Kollegen Telegraphenarbeiter in das Beamtenverhältnis, referierte Kollege Valentin in Berlin. Referent streift die Vorarbeiten, die vom früheren Bund der Telegraphenarbeiter und späteren Zentralverband in dieser Beziehung geleistet wurden und betonte, daß nur auf Drängen des Deutschen Verkehrsbandes sich die Frage soweit gediehen ist, daß noch im Laufe des Monats September die Richtlinien über die Laufbahn des technischen Personals zum Abschluß kommen sollen. Seit zwei Jahren werden die Verhandlungen über diese Frage geführt und man glaubte bestimmt, daß die letzte Verhandlung am 28. Juli zu einem Resultat führen würde; doch war es nicht möglich, weil die Lehrlingsfrage noch vorher einer Regelung bedarf. Da die Reichspostverwaltung befreit, ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken zu sein, steht ihr, laut der Gewerbeordnung, das Recht zur Ausbildung von Lehrlingen nicht zu. Die Handwerkskammer hat jedoch der Verwaltung dieses Recht ausnahmsweise zugestanden. Die Ausgelernten werden dann als ordnungsgemäß gelernte Facharbeiter im Stark-, Schwachstrom- und Radiofach gemertet.

Nebener erfüllte dann die Richtlinien für die Prüfung und ebenso den vorgesehenen Lehrgang für die Lehrlinge, deren gute Ausbildung nur in größeren Städten, in denen Zugsämter, Apparaturwerkstätten usw. vorhanden sind, erfolgen soll. Aufgabe der Organisation wird es sein, dafür einzutreten, daß an allen größeren Orten Fachschulen eingerichtet werden, um auf diese Weise den Kollegen die Gelegenheit zu geben, sich für die Prüfung und für ihr späteres Fortkommen überhaupt, vorzubereiten zu können. Seitens der Organisation wird alles getan, damit durch die neuen Anstellungsbedingungen die seit Jahren im Dienst stehenden Kollegen nicht geschädigt werden, vielmehr eine dauernde und gesicherte Existenz haben.

Die sich hieran anschließende rege und sachliche Aussprache lieferte den Beweis, daß die Kollegen in Schicksal das volle Vertrauen zu ihrer Organisation haben und sich durch Niemanden abhalten lassen, für den Auf- und Ausbau des Deutschen Verkehrsbandes zu wirken.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Sonntag, den 21. September:

Antikriegstag!

Alles halte sich frei und bereit. Nähere Anweisungen folgen noch.

Die Ortsauschüsse Breslau
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Allgemeinen freien Angestelltenbundes
und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Die Rechte der städtischen Betriebsratsmitglieder und die Diebstahlüberwachungsstelle des Magistrats.

Vom Verbands der Gemeinbediensteten wird uns geschrieben:
Seit Jahr und Tag sind die Syndikats des Magistrats an der Arbeit gewesen, um die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden, trotzdem festgestellt werden muß, daß gerade die Betriebsräte beim Magistrat im allgemeinen außerordentlich gute Arbeit im Sinne des Betriebsratgesetzes geleistet haben. Wir erinnern unter anderem bloß daran, daß der Gesamtbetriebsratsvorsitzende nicht mehr vom Dienst freigestellt ist, obgleich er eine Arbeitnehmererschaft von ungefähr 7-8000 Mann zu vertreten hat.

Ebenso liegt es auch bei den Einzelbetriebsräten, denen alle möglichen Ermächtigungen im Betriebe in den Weg gelegt werden. Die Betriebsleiter können zum Teil immer noch nicht einsehen, daß das Betriebsratsmitglied ihnen bei Verhandlungen gleichberechtigt gegenübersteht; sie möchten, anstatt die Forderung der Arbeiter entgegenzunehmen, recht schön gebeten werden, und nach eigenem Belieben entscheiden.

Ein recht drastisches Beispiel hierfür hat sich in der städtischen Gartenverwaltung abgespielt.

Der Gärtner R. war eine Reihe von Jahren unter der Regie vom Gartendirektor Richter als Betriebsratsvorsitzender tätig, mit dem immerhin ein ziemlich gutes Arbeiten möglich war, trotzdem auch in dieser Zeit größere Differenzen auftauchten, die jedoch alle in ruhiger Art und Weise ausgeglichen wurden.

Unders wurde es aber unter dem Regime des jetzigen Direktors Danenberg, der gegen die kleinsten Anträge des Betriebsrates Einwände erhob, oder sich hinter den Magistrat verbarg und größtenteils wurden denn auch diese Anträge abgelehnt.

Eines guten Tages mußten die Betriebsräte dann erfahren, daß der Direktor überhaupt nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen wollte, worin ihm ja auch eine Verfügung des Magistrats das Recht gab.

Es ist besonders war aber der Gartenverwaltung der Betriebsratsvorsitzende R. ein Dorn im Auge, weil er die Kollegenschaft in der Organisation zusammenhält und deren Forderungen auch vertrat. Man wollte diesen gar zu gerne aus dem Betriebsrat bringen, was auch durch den Schlichtungsausschuß gelang.

R. hatte im Auftrage seiner Kollegenschaft im August 1923 300 Zentner Kartoffeln in Simsdorf gekauft und diese mit fünf dienstfreien Kollegen und städtischem Fuhrwerk abgeholt. Unterwegs waren sie eingelehrt und der eine Kutscher war infolge des Trunkens und Einwirkung der Hitze angetrunken, jedoch er zur Führung des Wagens nicht mehr fähig war. R. wollte ihm die Pferde abnehmen, aber er widerlegte sich dem, jedoch die Polizei ihm das Fuhrwerk abnahm und ihn auf die Wache brachte.

Hierfür wurden fünf der Beteiligten von der Gartenverwaltung mit einer geringen Geldstrafe von der Hälfte des Tagelohnes belegt. R. aber mit einem ganzen Tagelohn, einem Beweis, der zu den Personalakten genommen wurde, und außerdem wurde die Absehung als Betriebsratsmitglied beim Schlichtungsausschuß beantragt und auch erzeit.

Sein Vergehen wurde so schwer beurteilt, daß, als R. im April diesen Jahres erneut gewählt wurde, das Arbeitsgericht sofort wieder angerufen wurde zwecks Annullierung der Wahl, welchem Verlangen auch entsprochen wurde, mit der Begründung, daß R. mindestens ein Jahr hierfür unfähig sei.

R. war aber andererseits auch tätig gewesen, die Lage der Arbeiterschaft in der Schulkinderheimanstalt zu verbessern, und die der Organisation zuzuführen. Aus seinem Verkehre mit einem dortigen Angestellten, der Veruntreuungen begangen haben soll,

und deswegen auch bereits verurteilt wurde, sollte R. der Strich gedreht werden.

Die Diebstahlüberwachungsstelle des Magistrats nahm auch bei R's. Mutter eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte zwei leere Milchlocherbüchsen, 1/2 Pfund Reiswehl und einen Boullionwürfel, die aus dem Bestande der Schulkinderheimanstalt entwendet sein sollten. Außerdem war bei der Hausdurchsuchung des Angeklagten der Schulkinderheimanstalt eine Anzahl Blumen und Pflanzen beschlagnahmt worden, die nach Meinung der Leute von der Diebstahlüberwachungsstelle unbedingt aus der städtischen Gartenverwaltung sein mußten. Kein Fachmann und auch keiner aus der Gartenverwaltung konnte erklären, daß die Pflanzen von der Stadtverwaltung seien, trotzdem hatte ein Herr Weiß als Angestellter der Diebstahlüberwachungsstelle den Mut, vor Gericht unter Eid zu erklären, der Beamte der Gartenverwaltung, Herr Lohnke, hätte gleich beim Eintritt in die Wohnung des beschuldigten Angestellten gesagt: „Ja, das sind städtische Pflanzen“. Trotzdem dieses im ersten Termin durch R. bezweifelt wurde, blieb Herr Weiß bei seiner Behauptung. Als bei dem zweiten Termin Herr Lohnke dies bestritt, beschuldigte der Ueberwachungsbeamte diesen der Lüge, was sich ersterer ganz entschieden verbat. Das Gericht kam jedoch zu einer anderen Ueberzeugung als die Herren der Diebstahlüberwachungsstelle und sprach R. im ersten Termin kostenlos frei.

Die Diebstahlüberwachungsstelle hatte jedoch keine Ruhe und verlangte unter Berufung darauf, daß R. inzwischen als Vorkarbeiter beschäftigt würde, und er infolgedessen ohne jeden Maleidastehen müsse, daß Berufung gegen das Urteil eingelegt werde. Die Gartenverwaltung hatte natürlich ihre Hände nicht dazwischen, aber eigentümlich bleibt es doch, daß man R. ein Vertrauensamt gibt und daß die Ueberwachungsstelle hierauf Bezug nimmt.

Auch in diesem zweiten Termin ist R. kostenlos freigesprochen worden, aber die Kosten des Rechtsanwaltes für zwei Termine, darunter den letzten, der 9 Stunden währie, und für die ein städtischer Arbeiter bei den augenblicklich niedrigen Löhnen ein ganzes Jahr den Hungerkriemengerenger schmecken muß, wird er wohl selber zahlen müssen. Oder bezahlt diese die Stelle des Magistrats, welche die leichtfertige Anschulddigung erhoben hat?

Wenn die Herren der Diebstahlüberwachungsstelle der Meinung sind, die Gewerkschaft sei gegen sie, so irren sie, wogegen wir uns wenden, ist nur die Praxis, mit der gearbeitet wird.

Im übrigen verlangen wir, daß die Rechte der Betriebsräte beim Magistrat nicht beschneit werden, sondern daß diese der Privatindustrie als Muster vorgelegt werden können.

Der österreichische Metallarbeiterstreik.

Die Verhandlungen am Sonnabend zwischen dem Hauptverband der Industrie und der Gewerkschaftskommission führten zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer auf Grund der Unterbrechung mit der Regierung und den politischen Parteien sich bereit erklärten, in Lohnverhandlungen einzutreten auf der Grundlage des vom Metallarbeiterverband vorgeschlagenen Lohnsystems und der Erhöhung der Mindestlöhne. Die Vertreter der Gewerkschaftskommission übernahmen diese Erklärung zur Berichterstattung an die zuständigen gewerkschaftlichen Instanzen. Der 40er Ausschuss der Metallarbeiter ermächtigte auf Grund der Erklärung des industriellen Verbandes keine Unterhändler, die Verhandlungen morgen aufzunehmen. Der angestrebte Sympathiestreik der Wiener Elektrizitätswerke wurde vertagt, hingegen treten morgen die Metallarbeiter in Nieder-Oesterreich, Ober-Oesterreich, Salzburg und Graz in den Streik. Die Verhandlungen mit den Industriellen werden morgen vormittag fortgesetzt. Das Ergebnis wird morgen nachmittag den Versammlungen der beiden Parteien vorgelegt werden.

Wasserstand

vom 15. September 1924.

Kalbitz	1,66	Breslau (Unter-Regel)	- 0,42
Krapitz	2,25	Kraslitz (Ober-Regel)	4,84
Köbel	0,90	Unter-Regel	3,10
Wrieg (Waffenkran)	2,84	Ohnenluth	2,16
Neßmündung (Ober-Regel)	3,30	Treschen	1,12
Neßmündung (Unter-Regel)	1,90	Wasserwärme + 15,0°	
Breslau (Ober-Regel)	5,12		

Bereinstalender.

Sattler-, Tapezierer-, Portefeuller-Verband. Vollversammlung am Dienstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 3. Agitiert für guten Besuch. — Die Mitgliedsbücher und -Karten sind im Monat September zur Revision vorzuliegen. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Stenographen-Verein. Stenographie-Anfänger-Kurse beginnen am Donnerstag, den 18. September, abends 7 Uhr, in der Polener-Schule, Zimmer 6, Barriere und Freitag, den 19. September, abends 7 Uhr, im Zwingergymnasium, Zimmer 3, im 1. Stock. Kursbeitrag und alles Nähere siehe Inserat.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Dienstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses die Versammlung der Betriebsräte der Hauptwerkstätten und der Bahnbetriebswerke statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Die Ortsverwaltung.
Deutscher Holzarbeiterverband, wichtige Mitgliederversammlung (siehe heutige Anzeige).

**Parteigenossen und Genossinnen
werbt ständig für die Volkswacht!**



**PROBLEM ZIGARETTEN
AUF DEM MARSCH
NACH BRESLAU**